

Zwischenfazit: Adhocracy im Bundestag

Seit mehr als einem halben Jahr kommt das Bürgerbeteiligungstool Adhocracy in der Internet-Enquete des Deutschen Bundestages nun schon zum Einsatz. Ich ziehe ein kleines Zwischenfazit zur Nutzung der Software.

Nach den sechs Sommerinterviews von mir mit Mitgliedern der Internet-Enquete widme ich mich heute dem dort eingesetzten Bürgerbeteiligungstool Adhocracy. Nachdem sich die Einführung der Software u.a. wegen eines [umstrittenen Beschlusses](#) der IuK-Kommission des Deutschen Bundestages zunächst verschoben hatte, ging schließlich am 24. Februar 2011 [eine Beta-Version](#) der auf dem Tool basierenden Bürgerbeteiligungsplattform www.enquetebeteiligung.de online. Diese wird in regelmäßigen Abständen von den Entwicklern in punkto Nutzerfreundlichkeit, Funktionsvielfalt und der Beseitigung von Bugs aktualisiert und weiterentwickelt. Ein neues Release ist für den Herbst geplant. Damit soll vor allem die Nutzerfreundlichkeit grundlegend verbessert werden. So existiert auf der Startseite mittlerweile auch eine Zeitleiste, die Auskunft darüber gibt, welche Termine und Veranstaltungen anstehen. Zudem bietet die Online-Beteiligungs-AG die Möglichkeit, über die Optimierung der Arbeit mit dem Adhocracy-Tool zu diskutieren. Hier eine [Info-Seite zur Bürgerbeteiligung](#) auf der Webseite der Internet-Enquete.

Insgesamt 12 Projektgruppen plus Online-Beteiligungs-AG und Sandkasten sind bis zum heutigen Tage auf der Plattform aktiv, wobei diese zu unterschiedlichen Zeitpunkten an den Start gingen. Eine Auflistung [gibt es hier](#).

Mehr als 1.800 Mitglieder haben sich bis dato registriert. Auf die verschiedenen Projektgruppen verteilen sich mehr als 300 Vorschläge zu unterschiedlichen netzpolitischen Themen, über 2.000 Kommentare und 11.000 Bewertungen. All diese Informationen können einer stets aktuellen Übersicht auf der Startseite der Plattform entnommen werden. Die Beteiligung variiert zwischen den Projektgruppen sehr stark. Klarer Spitzenreiter in punkto Aktivitäten ist die von Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) betreute Gruppe [Demokratie und Staat](#). Ein Grund dafür ist das besondere Engagement, das der

Bundestagsabgeordnete bei der Einbindung der Bürger an den Tag legt - so wurden bereits viele Anregungen von Nutzern aus Adhocracy in das [vorläufige Arbeitsprogramm](#) aufgenommen und alle Sitzungen der Gruppe finden grundsätzlich öffentlich statt. Auch mag die Thematik populärer und interessanter sein als beispielsweise Medienkompetenz. Diese Projektgruppe hat zwei Vorschläge von Bürgern direkt in ihre Handlungsempfehlungen [einfließen lassen](#): Und zwar die Förderung des „Peer-to-Peer“-Lernens sowie Computerspielpädagogik als Aufgabe der Medienpädagogik. Nähere Einzelheiten können [dieser Sitzungsunterlage](#) (S. 66) entnommen werden, die Grundlage der Abstimmungen der Enquete-Sitzung am 27. Juni 2011 war.

Natürlich spielen noch andere Faktoren bei der auffallenden Unterschiedlichkeit der Intensität an Bürgerbeteiligung eine Rolle. So wies Konstantin von Notz selbst darauf hin, dass man auch Zeit und Muße sowie einen gewissen thematischen Sachverstand aufbringen müsse, um sich an Diskussionen zu diesem oder jenem Thema zu beteiligen: nicht jeder kann oder will das. Auch die Komplexität der Thematik kann mit ein Grund dafür sein, dass in einer Gruppe wie Datenschutz und Persönlichkeitsrechte verhältnismäßig weniger Aktivitäten als in Demokratie und Staat festzustellen sind. Zudem wurde aus organisatorischen Gründen das Tool bei einzelnen Projektgruppen wie Urheberrecht erst eingesetzt, als sich diese bereits in der Diskussionsphase befanden. Unabhängig davon sagt eine geringere Beteiligung natürlich noch lange nichts über die Qualität von Beiträgen aus.

Darüber hinaus mag es bei einigen Themen weniger Reibungsflächen und Diskussionsbedarf geben. Interessant zu sehen wird sein, wie die Bürgerbeteiligung in neuen Gruppen wie Internationales und Internet Governance oder Verbraucherschutz zukünftig ausfallen wird. Schließlich können diese bei ihrer Arbeit auf die Erfahrungen zurückgreifen, die von bereits zuvor bestehenden Gruppen beim Umgang mit Adhocracy gesammelt worden sind - zumal sich die Bürger dann von Anfang an einbringen können. Obwohl dort bereits Ideen formuliert werden können, fällt die Beteiligung bis dato aber eher ernüchternd aus.

Und überhaupt gibt es für das Maß an Bürgerbeteiligung in allen Projektgruppen noch viel Raum nach oben. Ob dieser in Zukunft durch mehr Bürgerbeteiligung in Anspruch genommen wird, hängt weniger von dem Adhocracy-Tool selbst ab, das als technisches Mittel zum Zwecke von Online-Diskussionen bereits sehr

ausgereift ist. Vielmehr werden im weiteren Verlauf der Enquete-Arbeit der Wille und die Einsatzbereitschaft eines jeden Mitglieds des Gremiums in punkto ernsthafter Einbindung der Bürger und umfassender Kommunikation der besprochenen Themen in der Öffentlichkeit dafür ausschlaggebend sein, ob dieses Projekt der Bürgerbeteiligung als Erfolg gewertet werden kann. Der Umstand, dass die Einbindung des 18. Sachverständigen erst fast ein Jahr nach Konstituierung der Internet-Enquete und großem politischen Gezerre ermöglicht wurde, hat sicherlich dazu beigetragen, dass bei den Bürgern bereits Vertrauen verspielt und Enttäuschung hervorgerufen wurde. Wenn man jedoch bedenkt, wie groß zunächst der Widerstand gegen die Einführung eines Bürgerbeteiligungstools war und ein vergleichbares Instrumentarium im parlamentarischen Betrieb bis dato noch nicht zum Einsatz kam, ist die Einführung von Adhocracy tatsächlich als kleine Revolution anzusehen.

Von der [damals aufgestellten Forderung](#) des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Michael Kretschmer, eine breite Bürgerbeteiligung in Blogs, Foren und sozialen Netzwerken zu realisieren, ist die Internet-Enquete jedoch auch zum jetzigen Zeitpunkt noch weit entfernt. Natürlich könnte die Internet-Enquete auch ohne gelungene Einbindung der Bürger inhaltlich zu tragfähigen Ergebnissen kommen. Da es jedoch zum selbst gesteckten Ziel des Gremiums gehört, den als 18. Sachverständigen titulierten Bürger in die Arbeit mit einzubeziehen, wäre es ein Armutszeugnis für den politischen Betrieb, wenn das Ganze am Ende nur eine Alibi-Veranstaltung bliebe. Unabhängig davon wird in einem [Beitrag bei faz.net](#) zu Recht darauf hingewiesen, dass die Internet-Enquete wegen vieler politischer Querelen ihrem ursprünglichen Zeitplan bereits weit hinterherhinkt.

[Die nächste Sitzung](#) des Gremiums findet am 17. Oktober 2011 statt. Bereits diese könnte ein Gradmesser für den Erfolg der weiteren Arbeit sein.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 31.8.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

„Das Internet braucht Regulierung“

Zum Abschluss der Interview-Reihe mit Mitgliedern der Internet-Enquete traf ich die Sachverständige Jeanette Hofmann. Die Politikwissenschaftlerin zog im Interview Bilanz der Arbeit des Gremiums und äußerte sich zu den Themen Netzneutralität und Urheberrecht. Die 51-jährige Politikwissenschaftlerin ist derzeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“ tätig. Darüber hinaus ist sie Mitglied der Grünen Akademie der Böll-Stiftung sowie Gründungsmitglied und designierte Direktorin des in Gründung befindlichen und zunächst von Google finanzierten [Forschungszentrums für Internet und Gesellschaft](#).

Hinweis: Hier die anderen fünf Interviews

- [Lars Klingbeil](#) (SPD)
- [Dr. Konstantin von Notz](#) (Grüne)
- [Jimmy Schulz](#) (FDP)
- [Dr. Peter Tauber](#) (CDU)
- [Halina Wawzyniak](#) (DIE LINKE)

Als Mitglied und Sachverständige der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Deutschen Bundestags ist Hofmann ein wenig enttäuscht von der bisherigen Arbeit des Gremiums, für das sie sich mehr konstruktive Debatten gewünscht hätte. Zugleich zeigte sie sich sehr zufrieden, dass es dennoch gelungen ist, in vielen Fragen eine inhaltliche Annäherung zu erreichen: so wie bei den Überlegungen zu Pauschalvergütungen (Stichwort: Kulturflatrate) für den Zugang zu kulturellen Werken. Auch begrüßt sie die Gründung von Bürgerrechtsvereinen wie die Digitale Gesellschaft, da diese die Interessen der Internetnutzer besser organisieren.

Frau Hofmann, in Ihrer Vita ist zu lesen, dass Sie bereits seit Mitte der 1990er Jahre das Internet erforschen. So sind Sie beispielsweise Gründungsmitglied der [Projektgruppe „Kulturraum Internet“](#) im WZB und haben sich bei der Internet-Behörde ICANN freiwillig engagiert. Warum halten Sie Netzpolitik für wichtig und was fasziniert Sie am

Internet?

Von Netzpolitik war in den 1990er Jahren noch gar keine Rede. Damals war überhaupt nicht klar, womit genau wir es beim Internet zu tun haben. Und ich behaupte auch, dass das, was wir heute mit dem Internet in Verbindung bringen, in dieser Zeit weder existierte noch voraussehbar war. Was mich in den 1990er Jahren faszinierte und was ich untersucht habe, war der Kommunikationsraum, der da entstand. Zusammen mit anderen Wissenschaftlern entwickelten wir ein ethnographisches Projekt. Das Netz war etwas, in das man sich hineinbegeben hat. Wir wollten die Regeln und Muster untersuchen, die sich in der digitalen Kommunikation zwischen Menschen herausbilden. Heute hingegen ist das Internet ständig um einen herum. Je mehr digitale Schnittstellen wir haben, desto weniger kann man noch zwischen einer analogen und einer digitalen Welt unterscheiden. Was über die Jahre konstant in meinem Interesse am Internet geblieben ist, sind die Regulierungsfragen: Wer setzt die Regeln, welche Regeln sind das und schließlich: Welches sind die gesellschaftlichen und politischen Implikationen dieser Regeln?

Sie sind auch Gründungsmitglied und designierte Direktorin des von Google finanzierten Forschungszentrums für Internet und Gesellschaft. Was soll das Institut leisten?

Wir sind derzeit damit beschäftigt, ein Forschungsprogramm zu entwickeln. Mir liegt sehr daran, dass die Internetforschung im deutschsprachigen Raum gestärkt wird. Wenn man sich hierzulande im Bereich von Wissenschaft und Forschung umschaute danach, wer zu Themen wie Datenschutz oder Netzneutralität arbeitet, wird man feststellen: Da gibt es so gut wie nichts! Zwar entstehen auf der Ebene von Diplomanden und Doktoranden durchaus wichtige Beiträge in diesen immens wichtigen Bereichen. Aber spätestens nach Fertigstellung der Doktorarbeit ist damit Schluss, da diese Akademiker zumindest in sozialwissenschaftlichen Fachbereichen keine Professuren erhalten. Und deshalb ist mein Anliegen mit diesem Institut, die Forschungskompetenz zu verstetigen und eine Infrastruktur aufzubauen, auf die sich viele wissenschaftliche Disziplinen beziehen können.

2010 wurden Sie als Sachverständige in die Internet-Enquete berufen. Die zahlenmäßige Gleichverteilung von Fraktionsmitgliedern und Sachverständigen soll dazu beitragen, dass einerseits externer Sachverstand in die Entscheidungen einfließt. Andererseits soll

gewährleistet werden, dass die Kommission weniger parteipolitisch gefärbt ist. Wurde sie diesem Anspruch bisher gerecht?

Grundsätzlich ist es doch so, dass alle Themen, die in der Internet-Enquete verhandelt werden, selbstverständlich von Interessen getrieben sind. Sowohl Angehörige von Parteien als auch von Lobbygruppen bzw. Verbänden vertreten eigene Interessen. Insofern sind auch Zusammensetzung und Perspektiven der Sachverständigen sehr unterschiedlich. Ich persönlich vertrete zwar keine Lobbygruppe oder kommerzielle Interessen, dennoch verfolge ich als wissenschaftliche Expertin zum Urheberrecht natürlich auch eigene Vorstellungen auf diesem Gebiet. Ich denke, dass es bei der Internet-Enquete in erster Linie um die Einbeziehung von Sachverstand zum jeweiligen Themenfeld geht - und hier ganz speziell auch um die Einbindung des 18. Sachverständigen, also des Bürgers. Darüber hinaus holen wir uns Expertisen durch die Anhörung externer Sachverständiger ein. Reine Parteipolitik gibt es jedenfalls nicht.

Welche Zielsetzungen verfolgt die Internet-Enquete?

Negativ formuliert greift die Internet-Enquete nicht in Gesetzgebungsprozesse ein und trifft keine Entscheidungen. Das ist auch sinnvoll, da Sachverständige kein Mandat für bindende Entscheidungen haben. Was die Enquete aber durchaus leisten kann, sind die Darstellung von Problemlagen und die Verdeutlichung künftigen Handlungsbedarfs bzw. der Folgen bestimmter Gesetzentwürfe für die Netzpolitik. Es geht darum, politische Kompetenz im Bereich des Internet aufzubauen und auszudehnen. In gewisser Weise werden auch das Ansehen und Gewicht der Parteienvertreter gestärkt, die sich um Netzpolitik kümmern. Diese spielen in der deutschen Parteienlandschaft bisher eine marginale Rolle, da andere Themenfelder wie Finanz- und Gesundheitspolitik einen weitaus höheren Stellenwert genießen.

Welche netzpolitischen Themen liegen Ihnen persönlich am Herzen?

Das Thema Urheberrecht und der freie Zugang zu wissenschaftlichen Werken sind mir persönlich besonders wichtig. Ich würde sagen, dass die Regulierung von Wissen heute immer stärker ein Bestandteil von Internet Governance wird. Doch selbst für Urheberrechtsexperten ist dieses Handlungsfeld sehr kompliziert und schwer durchschaubar. Zu den einzelnen Bestimmungen kommen ja auch immer wieder neue Gerichtsurteile hinzu. Es findet also eine ständige Bewegung auf

diesem Gebiet statt – insbesondere bei der Auslegung von Gesetzen. Ich interessiere mich besonders für die im wissenschaftlichen Bereich extrem wichtige Frage der Zweitverwertung von Veröffentlichungen und – verbunden mit Internet und Digitalisierung – für das Problem der [verwaisten Werke](#), deren Urheber unbekannt sind. Es gibt ein großes öffentliches Interesse daran, die Bücher, die nur noch in Bibliotheken zu finden sind, digital zugänglich zu machen. Das wäre eine immense Bereicherung für Wissenschaft und Gesellschaft. Dafür gibt es auch kostengünstige Möglichkeiten. Dem steht jedoch das aktuelle Urheberrecht im Wege. Hält man sich vor Augen, dass ein Buch zumeist nicht nur einen Urheber kennt, sondern viele (z. B. für Bilder oder unter Umständen auch den Schrifttyp), ist es extrem teuer und aufwendig, die jeweiligen Urheberrechte zu klären. Diese Fragen werden derzeit im Zuge der Urheberrechtsreform im Rahmen [des sogenannten Dritten Korbs](#) verhandelt.

Sehen Sie als designierte Direktorin des Google-Instituts hier nicht einen gewissen Interessenkonflikt? Schließlich macht Google ja im Prinzip schon das, was Sie fordern: die umfassende Digitalisierung von akademischen Büchern – jedoch häufig ohne Rücksicht auf das jeweilige Urheberrecht. Da könnte man auf den Gedanken kommen, Google habe Sie ausgewählt, weil Sie für eine digitalisierte Verfügbarmachung wissenschaftlicher Literatur eintreten...

Um es ganz klar zu sagen: Ich spreche mich für eine Digitalisierung vergriffener Werke aus, kritisiere aber das Google Books-Projekt in mehreren Punkten. Ich habe bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass meine Auffassungen nicht von irgendeinem Geldgeber abhängen.

Das Enquete-Mitglied Jimmy Schulz (FDP) erklärte im Interview, dass der Einsatz des Bürgerbeteiligungstools Adhocracy bei der Arbeit des Gremiums eine kleine Revolution sei. Dagegen meinte Peter Tauber (CDU), dass nicht das Tool selbst eine Revolution darstelle, sondern die unmittelbare Möglichkeit der Kommunikation und Partizipation durch das Internet. Welche Ansicht vertreten Sie? Was soll Adhocracy leisten?

Für diese Art der politischen Arbeit ist es wunderbar, ein Bürgerbeteiligungstool wie Adhocracy zu entwickeln. Auch wenn es auf den ersten Blick komplex wirkt, ist es sinnvoll und durchdacht. Zu bedenken ist, dass es sich dabei um ein noch sehr junges Tool handelt. Ich würde Jimmy Schulz insofern zustimmen, als der

Bundestag selbst generell sehr zurückhaltend im Hinblick auf die digitale Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist und daher diese Öffnung mittels des Bürgerbeteiligungstools tatsächlich eine kleine Revolution darstellt. Denn die Kultur des deutschen Parlaments ist nicht auf direkte Kommunikation mit den Bürgern ausgelegt. Selbst in der Internet-Enquete haben wir in den ersten Monaten große Mühe gehabt, digitalen Zugang während unserer Sitzungen zu erhalten. Was die Nutzung von Adhocracy angeht, sehen wir, dass sich mit einer Zahl von über 1.800 Mitgliedern schon viele Bürger registriert haben und zum Teil auch mitlesen und diskutieren. Aber was wir heute nicht sehen können, ist, wie und ob sich das institutionalisieren wird.

Inwieweit hat sich der 18. Sachverständige, also der Bürger, bisher in den unterschiedlichen Projektgruppen eingebracht?

Schaut man sich die Kommentare auf der Bürgerbeteiligungsplattform <https://www.enquetebeteiligung.de> an, lässt sich feststellen, dass sich viele Leute ernsthaft Gedanken machen. In der Projektgruppe Urheberrecht konnte das Tool leider erst eingesetzt werden, als wir uns bereits in der Diskussionsphase befanden. Adhocracy hat deshalb keinen Einfluss auf die Themensetzung nehmen können. Das wird bei den neu eingesetzten Projektgruppen anders sein. Aber die Diskussionsbeiträge zur Projektgruppe Urheberrecht fand ich sehr konstruktiv. Meiner Auffassung nach sind Wirkungen in zwei Richtungen denkbar: Das eine ist der Einfluss von Diskussionsbeiträgen auf die Arbeit und Positionen der Enquete-Mitglieder. Andererseits kann der Prozess der Kommunikation und Interaktion wiederum einen Einfluss auf die Bürger haben, sie also Kompetenzen hinzugewinnen und durch die Debatten untereinander auch eine Diskussionskultur weiterentwickeln lassen. Wir wissen heute nicht, ob es sich bei der bisherigen Beteiligung um ein Strohfeuer handelt oder sich dieses Interesse verstetigen wird, wir also fortlaufend öffentliche Debatten zu den Themen der Enquete haben werden. So könnte man befürchten, dass, wenn die Enquete nicht hinreichend auf solche Diskussionen reagiert, viele Leute müde werden und sich abwenden. Insofern wird vieles davon abhängen, ob die Bürger, die sich beteiligen, von uns wiedergespiegelt bekommen, dass wir sie ernst nehmen und sie einen praktischen Einfluss auf unsere Arbeit ausüben können.

Das Enquete-Mitglied Halina Wawzyniak (Die Linke) wünscht sich, dass die Projektgruppen grundsätzlich öffentlich tagen, damit sich der 18. Sachverständige zufriedenstellend beteiligen kann. Unterstützen Sie diese

Forderung?

Ja! Die eigentliche Arbeit, abgesehen von den Anhörungen, findet schließlich überwiegend in den Projektgruppen statt. Und da dort zumeist die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, bin ich da ganz bei Halina Wawzyniak. Ich habe zwar früher die Meinung vertreten, dass die Sitzungen der Projektgruppen geschlossen stattfinden sollten, da ich einen politischen Schaukampf befürchtete, wenn sie offen tagen. Nach meinen Erfahrungen in der Projektgruppe Urheberrecht würde ich jedoch sagen, dass diese Sorge unberechtigt ist.

Seitens Medien und Netz-Community wurde insbesondere die Koalitionsmehrheit aus CDU/CSU und FDP dafür kritisiert, aus parteitaktischen Überlegungen heraus den endgültigen Zwischenbericht verschoben zu haben. Dagegen meinte Peter Tauber (CDU), dass es bedauerlich wäre, wenn die Opposition nach einem gefundenen Konsens neue Änderungsanträge vorlegt, die deren ursprüngliche Positionen beinhalten. Wie bewerten Sie den Sachverhalt? Kann hier wirklich nur einer Seite der Schwarze Peter zugeschoben werden?

In den beiden letzten Sitzungen hat es schon viele taktische Manöver gegeben. Dort sind auch seitens der Sachverständigen grundsätzliche Argumente gegen die Arbeitsweise der Internet-Enquete vorgebracht worden, von denen ich finde, dass sie im Kern berechtigt sind. Denn wir haben in den letzten Monaten tatsächlich überwiegend Textproduktion betrieben, da wir unter einem enormen Zeitdruck standen. Auch haben wir Sachverständige unterschätzt, wie viel Text wir selber verfassen müssen. Allerdings drängt sich schon der Verdacht auf, dass die Sitzungen zum Zwischenbericht von der Koalitionsmehrheit instrumentalisiert worden sind, um die Beschlussfassung zum endgültigen Zwischenbericht zu verschieben. Denn die Koalitionsmehrheit war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Abwesenheit von Enquete-Mitgliedern und das Stimmverhalten einzelner Sachverständiger nicht gegeben. Dadurch haben sich die Mehrheitsverhältnisse in der Enquete zugunsten der Oppositionsparteien verschoben. Die taktischen Manöver führten dazu, dass die Enquete am Ende blockiert war. Es hat mich auch deprimiert, zu sehen, wie einige Sachverständige teilweise gegen ihre eigenen Auffassungen gestimmt haben - das war beispielsweise beim Urheberrecht mehrfach der Fall. Der Versuch einiger Mitglieder, die Fraktionsdisziplin auf die Sachverständigen auszudehnen und diese unter Druck zu setzen, hat mich schon erschüttert. Es ließ sich auch beobachten, dass die Sachverständigen gegenüber

den Parteien, von denen sie nominiert worden sind, unterschiedlich einflussreich sind. In der SPD, aber auch bei den Linken und den Grünen haben die Sachverständigen einen vergleichsweise großen Einfluss. Bei einzelnen Themen gibt es jedoch auch eine Koordination zwischen einem Teil der Sachverständigen. Hierzu ist noch wichtig zu wissen, dass sich mehr als ein Drittel aller Sachverständigen der Internet-Enquete bereits seit den Vorbereitungskonferenzen des [UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft](#) kennt. Viele von uns haben also schon vor Jahren zusammengearbeitet und vertrauen einander auch.

Halina Wawzyniak meint auch, dass es neben sehr strittigen Fragen wie beim Thema Netzneutralität auch große Übereinstimmung unter den Enquete-Mitgliedern gab (Stichwort: Laptop für jeden Schüler) und es diese im weiteren Verlauf der Arbeit in allgemeineren Fragestellungen zur digitalen Gesellschaft vermehrt geben wird. Sehen Sie das auch so?

Ja und nein. Es war immer klar, dass Netzneutralität und Urheberrecht zwei kontroverse Themen sein würden, während das im Bereich Bildung nicht so stark der Fall war. Und auch in Zukunft wird es zweifellos eine Mischung aus Konsens und Dissens geben. Sicherheitsfragen, die in der Projektgruppe Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz auf der Tagesordnung stehen, werden sicherlich wieder kontrovers diskutiert werden.

Sie sagten zu Anfang unseres Gespräches, dass Sie vor allem der Bereich Regulierung des Netzes interessiert. Wie positionieren Sie sich in punkto Netzneutralität bzw. staatlicher Eingriffe?

Ich würde die Regulierung des Netzes nicht nur mit staatlichen Eingriffen gleichsetzen. Schließlich kann es auch private Regulierungen geben: Ein Beispiel dafür sind technische Standards. Und wenn beispielsweise Provider Traffic-Management betreiben, dann regulieren sie das Netz auch auf ihre Weise. Ich komme selbst aus einer eher libertären Ecke. Auch die gesamte Netzgemeinde der 1990er Jahre hat sich sehr gegen staatliche Eingriffe gewehrt. Doch aus meiner Sicht war das eindeutig zu kurz gesprungen. Meiner Meinung nach sind staatliche Gesetze in einigen Bereichen notwendig: wie bei der Netzneutralität. So lässt sich beobachten, dass das mobile Internet schon mit viel mehr Restriktionen versehen ist als das stationäre Internet. Es ist bedauerlich, dass die Bundesnetzagentur derzeit die Position der Telekom zu Leistungsklassen vertritt.

Für mich ist das ein grundsätzlich falscher Ansatz. Wir müssen stattdessen einen aggressiven Netzausbau betreiben – dann kommt es auch nicht zu Engpässen bei der Netznutzung. Staatliche Eingriffe halte ich darüber hinaus auch in punkto Datenschutz und Menschenrechte für nötig. Es kommt ja auch immer wieder die Idee auf, dass es einer weltweiten Charta bedarf, um die Rechte der Nutzer im Internet zu schützen – das unterstütze ich. Generell ist es ja so, dass die Nutzer meist vereinzelt auftreten, während sich die Industrie in Verbänden zusammenschließt und auf diese Weise ihre Interessen organisiert. Daher denke ich auch, dass der Konsumentenschutz den Gesetzgeber braucht.

Sind das nicht die Aufgaben von Bürgerrechtsvereinen bzw. Nichtregierungsorganisationen wie der Digitalen Gesellschaft?

NGOs in diesem Bereich sind in jedem Fall wünschenswert. Und dass sich in Deutschland ein solcher Verein herausbildet, der auch Spenden entgegennehmen kann, ist absolut sinnvoll. Ich persönlich will jetzt keine Werbung für diesen einen Verein machen, finde es aber generell sehr schön, dass die Netzgemeinde in Deutschland ausgesprochen organisiert und artikulationsstark ist. Das ist in anderen europäischen Ländern nicht unbedingt so. Jede Neugründung solcher Bürgerrechtsvereine kann man also nur begrüßen.

Die Internet-Enquete beschließt keine Gesetze, sondern gibt nur Handlungsempfehlungen, die nicht bindend sind. Kann das Gremium vor diesem Hintergrund überhaupt zur Lösung von netzpolitischen Fragen beitragen? Welche realpolitische Relevanz hat es?

Ich beteilige mich ja auch stark am [Internet Governance Forum](#), das ebenfalls keine politischen Entscheidungskompetenzen hat. Meine grundsätzliche Auffassung ist, dass bindende Entscheidungsprozesse in der Politik überbewertet und dass Gremien und Prozesse, die auf Diskurs und Meinungsbildung hinauslaufen, eher unterbewertet werden. Wesentlich in politischen Zusammenhängen sind die Wahrnehmungen, die wir haben, sowie die Definitionen und Interpretationen konkreter Problemstellungen. Für mich ist es wichtig, wie wir über das Internet reden, mit welcher Kompetenz wir Problemlagen beschreiben und Handlungsempfehlungen gegeneinander abwägen. Insofern würde ich auch nie auf die Idee kommen, die Enquete abzuwerten, nur weil sie keine Entscheidungskompetenz hat. Die wesentlichen Bewertungsinstanzen der politischen Arbeit sind für mich die Journalisten und die

Menschen auf der Straße. Was das Parlament beschließt, ist nur ein Baustein. Nehmen wir das Beispiel Atomkraft: Wir haben in Deutschland schon immer starke skeptische Mehrheiten dagegen gehabt. Das ist, was die Entscheidung für den Atomausstieg möglich gemacht hat. Ein Gremium, das unsere Bewertungs- und Urteilskompetenz stärkt, ist mindestens so wichtig wie eine Entscheidung im Parlament.

Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit der Internet-Enquete?

Ich bin etwas enttäuscht, da wir weniger konstruktive Debatten hatten, als ich es mir gewünscht hätte. Zudem waren wir im großen Umfang mit dem Verhandeln und Debattieren von Texten befasst. Das mag generell in der Systematik solcher Gremien liegen, da am Ende ja auch ein Abschlussbericht stehen soll. Insofern sind unsere Diskussionen auf der Arbeitsebene sehr stark auf das Aushandeln von Texten bezogen.

Welche der beschlossenen Handlungsempfehlungen halten Sie für besonders wichtig?

Gerade beim Urheberrecht finde ich es wichtig, dass wir uns vom bisherigen Konzept lösen und anfangen, über Alternativen nachzudenken. Dazu gehört etwa die Überlegung, Persönlichkeitsrechte von Verwertungsrechten zu entkoppeln. Aber auch die Reduzierung der überlangen Schutzdauer von Copyrights ist wichtig. Die Anhörung zum Urheberrecht war für mich eine Sternstunde dieser Internet-Enquete. Da hatten wir großartige Experten und Beiträge. Auch gab es Fortschritte bei der Diskussion über Pauschalvergütungen (Stichwort: Kulturflatrate). Ich vertrete eine pragmatische Haltung zur Kulturflatrate. Sie kann in gewissem Umfang auch durch kommerzielle Angebote erreicht werden. In anderen Ländern wie Schweden oder Großbritannien gibt es bereits ausgezeichnete kommerzielle Dienste [wie Spotify](#): ein großartiges und umfangreiches Musikangebot, das für zehn Pfund im Monat genutzt werden kann. So eine Art der Kulturflatrate könnte ich mir als Vorbild für allerlei andere Bereiche vorstellen, solange es hier Mindestregeln der Nutzung und einen gesunden Wettbewerb gibt. In Deutschland stehen solchen Lösungen die Verwertungsgesellschaften im Weg – diese Monopoleinrichtungen müssen unbedingt von staatlicher Seite reformiert werden. Auch hier hat die Internet-Enquete eine konsensuale Haltung entwickelt.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 18.8.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

Internetfähiger PC gehört zum Existenzminimum!

Gestern traf ich das Mitglied der Internet-Enquete Halina Wawzyniak zu einem netzpolitischen Gespräch in ihrem Bundestagsbüro. Die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei sieht noch einen erheblichen Verbesserungsbedarf bei der Einbeziehung der Bürger in die Arbeit der Enquete.

Die 38-jährige Rechtsanwältin und Politikerin sitzt seit 2009 als Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Dort ist sie Mitglied und stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses, netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Obfrau der Fraktion in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Mir gegenüber machte sie deutlich, dass die Internet-Enquete noch mehr Anstrengungen unternehmen müsse, die Bürger in ihre Arbeit einzubinden. Auch äußerte sie ihr Bedauern darüber, dass der Antrag, einen internetfähigen Computer zum Bestandteil des Existenzminimums zu machen, nicht in die Handlungsempfehlungen eingeflossen sei. Zugleich zieht Wawzyniak eine überwiegend positive Bilanz der bisherigen Arbeit des Gremiums: Trotz vieler formaler Auseinandersetzungen hätten alle Fraktionen und Sachverständigen sehr diszipliniert gearbeitet und auch bei vielen Themen einen Konsens erreicht. So hat es sie beispielsweise sehr gefreut, dass in punkto Förderung von Creative Commons-Lizenzen eine gemeinsame Handlungsempfehlung formuliert wurde. Zu ihren persönlichen Anliegen gehört es, gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung zu kämpfen und das Whistleblowing zu fördern.

Hinweis: Hier die anderen fünf Interviews

- [Lars Klingbeil](#) (SPD)
- [Dr. Konstantin von Notz](#) (Grüne)

- [Jimmy Schulz](#) (FDP)
- [Dr. Peter Tauber](#) (CDU)
- [Jeanette Hofmann](#) (Sachverständige)

Erster Teil: Fragen rund um die Internet-Enquete

Frau Wawzyniak, wie kamen Sie mit der Netzpolitik in Berührung?

Vor ein paar Jahren begann ich damit, mich in politischen Foren wie dol2day einzubringen, selbst zu bloggen und soziale Medien wie Facebook und Twitter auch für meine politische Arbeit zu nutzen. Ich bin in das netzpolitische Spektrum allmählich hineingewachsen. Im Vorfeld der Gründung der Internet-Enquete hatte ich mich bereits im Rahmen der Programmdebatte meiner Partei mit der Veränderung unserer digitalisierten Gesellschaft beschäftigt.

Worin sehen Sie die Aufgaben und die Funktion der Internet-Enquete?

In erster Linie soll eine Enquete natürlich Handlungsempfehlungen für die Politik entwickeln. Wobei die Erfahrung zeigt, dass in einem solchen Gremium am Ende zwar gefühlte 50 Wälder für ein dickes Buch an Handlungsempfehlungen gefällt worden sind, jedoch das Parlament nur sehr wenige davon umsetzt. Insofern sehe ich die Aufgabe der Internet-Enquete sehr viel stärker darin, sowohl die verschiedenen Parteien als auch eine breite Öffentlichkeit für Netzpolitik zu sensibilisieren und deutlich zu machen, dass das Thema nicht nur für die vermeintlichen Computerfreaks von Interesse ist. Denn das Netz hat bedeutende Auswirkungen auf die gesamte gesellschaftliche Entwicklung - sei es in den Bereichen Bildung, Forschung, Arbeit, Wirtschaft und Green IT oder in punkto Demokratisierung. Die Internet-Enquete bringt zudem ins gesellschaftliche Bewusstsein, dass es einen Wandel der Gesellschaft gibt, weg von der Industriegesellschaft als Leitgesellschaft.

Kann die Internet-Enquete in diesem Zusammenhang auch zur Aufhebung der digitalen Spaltung innerhalb der Gesellschaft beitragen?

Dieses Problem aus der Welt schaffen kann die Enquete sicherlich nicht. In jedem Fall vermag das Gremium aber eine Richtung aufzuzeigen, wie die digitale Spaltung überwunden werden kann. Es geht ja zunächst auch darum zu

begreifen, dass nicht jeder Bürger einen Zugang zum Internet hat. Das ist auch eine Kostenfrage. Zwar kann sich beispielsweise ein Hartz IV-Empfänger mittlerweile über die Einberechnung von Telekommunikationskosten eine Internet-Flatrate mehr oder weniger leisten, auf den Anschaffungskosten für Computer und DSL-Modem bleibt er jedoch sitzen. Wir von der Linkspartei haben daher in der Enquete die Handlungsempfehlung beantragt, dass ein internetfähiger Computer zum Existenzminimum gehören sollte - leider ohne Erfolg. Auch hat der kürzlich herausgegebene [\(N\)Onliner-Atlas](#) aufgezeigt, dass Bürger mit einem Einkommen unter 1.000 Euro im Monat deutlich weniger das Internet nutzen als andere Einkommensgruppen. Viel enormer ist natürlich die weltweite digitale Spaltung zwischen reichen und armen Ländern: Da gibt es noch viel größere Probleme!

Peter Tauber (CDU) erklärte uns gegenüber, dass er es sehr bedauerlich finde, wenn die Opposition nach einem gefundenen Konsens plötzlich wieder neue Änderungsanträge vorlege, die deren ursprüngliche Position beinhalten - so wie beim Thema Netzneutralität. Er kritisiert, dass die Enquete zumeist in einen politischen Schlagabtausch verfalle, sobald sie öffentlich tage. Was erwidern Sie darauf?

Dazu muss man wissen, dass wir uns in den verschiedenen Projektgruppen darauf verständigt haben, dass wir dort, wo es einen Konsens gibt, nicht abstimmen - sondern nur über die Fragen, die noch strittig sind. In solchen Fällen greift das Minderheitenvotum. In der Gruppe Datenschutz, in der auch ich mitwirkte, haben wir beispielsweise festgestellt, dass wir zu Sachverhalten, für die wir Handlungsempfehlungen anstrebten, überhaupt nur ein Drittel Konsens erzielen können - da einfach die Positionen zu unterschiedlich sind. Und auch in der Gruppe Netzneutralität gab es neben konsensualen Texten darüber hinaus gehende Empfehlungen, die vielleicht nicht von der Koalitionsmehrheit mitgetragen werden, aber ein bedeutendes Anliegen der anderen Mitglieder beinhalten. Wenn es dafür dann dank Sachverständigen, die weniger in parteipolitischen Denken verhaftet sind, für einen Textbeitrag eine Abstimmungsmehrheit gibt, die nicht der Parlamentsmehrheit entspricht, ist das ein völlig normaler demokratischer Vorgang.

Sollte die Enquete nicht anstreben, bei den diskutierten Themen einen breiten Konsens zu finden, damit die beschlossenen Handlungsempfehlungen über grundlegende netzpolitische Fragen mehr

politisches Gewicht erhalten und ihren Weg ins Parlament finden?

Das ist grundsätzlich wünschenswert. Aber es macht für mich keinen Sinn, bestimmte netzpolitische Fragestellungen auszuklammern, weil es keinen Konsens gibt, der Gesellschaft aber Übereinstimmung vorzugaukeln. So wie beim Thema Netzneutralität, das aus meiner Sicht eine sehr aktuelle Relevanz hat und zu den Grundfragen gehört, wenn man sich mit Internet und digitaler Gesellschaft beschäftigt. Nichtsdestotrotz war mein bisheriger Eindruck, dass alle Fraktionen und Sachverständigen sehr diszipliniert gearbeitet haben und auch in vielen Themen Einigkeit herrschte. So wie im Bereich Medienkompetenz. Sehr überraschend war für mich auch, dass wir alle beim Thema Urheberrecht gemeinsame Handlungsempfehlungen wie über die Förderung von Creative Commons-Lizenzen beschlossen haben. Ich denke, dass dadurch, dass wir mit den grundlegenden netzpolitischen Themen wie Netzneutralität, Datenschutz und Urheberrecht begonnen haben, der Eindruck entstehen kann, wir seien uns kaum einig. Wenn es aber in einem weiteren Schritt in der Enquete um allgemeinere Fragestellungen zur digitalen Gesellschaft rund um Bildung, Wissenschaft und Forschung, Demokratisierung und Internationales gehen wird, bin ich mir ziemlich sicher, dass wir eine große Übereinstimmung erzielen. Dann werden die Enquete-Mitglieder aus den jeweiligen Fraktionen eher Überzeugungsarbeit in den eigenen Parteien zu leisten haben. Außerdem: Zu viel Konsens führt am Ende auch zu abgeschwächten Handlungsempfehlungen.

Ist beim Thema Netzneutralität überhaupt noch ein Konsens möglich?

Wir von der Linkspartei haben hier eine klare Position: Wir unterstützen nur eine Handlungsempfehlung, nach der Netzneutralität ohne Vorbedingungen gesetzlich verankert wird.

Welche Bedeutung messen Sie der [Bürgerbeteiligungsplattform](#) bzw. dem Tool Adhocracy bei der Arbeit in der Enquete zu? Und sind sie mit der bisherigen Bürgerbeteiligung über das Tool zufrieden?

Ich finde es sehr gut, dass wir das Tool einsetzen und sich der 18. Sachverständige, also der Bürger, damit direkt einbringen kann. Für mich besteht hier auch das Potenzial, mehr Sachverstand in die Arbeit einfließen zu lassen, als alle Mitglieder der Enquete vereinen. Das Problem aus meiner Sicht ist, dass sich der 18. Sachverständige noch nicht zufriedenstellend beteiligen kann. Derzeit ist

es ja noch so, dass die Sitzungen der Projektgruppen nicht grundsätzlich öffentlich sind. Wenn sich auch nur ein Projektgruppenmitglied für eine geschlossene Sitzung ausspricht, dann reicht das schon aus. Ich hätte mir gewünscht, grundsätzlich öffentlich zu tagen. Ein weiterer Kritikpunkt: Eine Projektgruppe arbeitet in sogenannten Referentenrunden, in denen Texte für spätere Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Ich halte es für sehr wichtig und spannend, den 18. Sachverständigen bereits in die Entstehung eines solchen Textes einzubeziehen. Daher müsste die Arbeit mit dem Adhocracy-Tool um die Möglichkeit erweitert werden, dass auch unfertige Texte ins System eingestellt werden, damit der Bürger bereits in der Entstehungsphase im ausreichenden Maße mitdiskutieren und Vorschläge für Projektgruppensitzungen einbringen kann. Für mich zeigt sich hier aber ein grundsätzliches Problem der Politik: die Angst vor dem Kontrollverlust!

Was setzen Sie dieser Befürchtung entgegen?

Es sollte im Sinne von transparenten und demokratischen Prozessen der Mut aufgebracht werden, auch unfertige Texte nach der 1. Projektgruppensitzung bei Adhocracy einzustellen und öffentlich zu machen. Und wenn es dann von den Bürgern ein besseres Argument gibt, sollte das auch übernommen werden. Da muss Politik auch einfach mal die Angst davor verlieren, sich öffentlich überzeugen zu lassen. Dazu gehört die Einstellung aller Beteiligten, einen solchen Prozess nicht mit Häme und Spott zu begleiten, sondern diesen als eine wichtige Form der Meinungsbildung zu akzeptieren. Hier muss eine Kultur her, in der es nicht verwerflich ist, sich öffentlich von einer anderen Position überzeugen zu lassen und die eigene zu ändern. Zudem wünsche ich mir, dass der jeweils aktuelle Arbeitsstand sozusagen live in Adhocracy veröffentlicht werden kann – ohne auf ein Diskussionspapier warten zu müssen, bei dem es nur noch darum geht, zu voten.

Die Linkspartei nutzte Ende letzten Jahres Adhocracy bereits selbst für eine [elektronische Programmdebatte](#). Wie wurde dies von den Parteimitgliedern angenommen? Welche Erfahrungen sammelten Sie? Und nutzen Sie das Tool auch weiterhin für die Parteiarbeit?

Damals hatten sich meines Wissens etwa 500 Leute auf unserer Beteiligungsplattform angemeldet. Dort diskutierten sie mit und brachten eigene Vorschläge ein, die teilweise auch übernommen wurden. Natürlich gab es dabei,

wie bei jeder Partei, formale Hürden. Das bedeutet konkret, dass Parteitagsdelegierte in Adhocracy gepostete Vorschläge übernehmen und dann als eigenen Antrag stellen mussten, mit dem Verweis auf deren Unterstützung bei Adhocracy. Vor dem Hintergrund, dass wir in vielen Bereichen wenige junge Mitglieder haben, fand ich es interessant, dass so auch Menschen eine Beteiligung an der Programmdebatte ermöglicht wurde, die berufstätig sind und nicht an Veranstaltungen vor Ort teilnehmen können. Oder solchen, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, anzureisen. Derzeit findet noch eine Diskussion statt, wie und wofür wir Adhocracy auch weiterhin zum Einsatz bringen können.

Wie beurteilen Sie die zurückliegende Arbeit der Internet-Enquete?

Ich denke, dass die Internet-Enquete mittlerweile viel zur Sensibilisierung für das Thema Netzpolitik beigetragen und mehr öffentliche Wahrnehmung erzielt hat als andere derartige Kommissionen. Wir hätten aber wohl noch mehr erreichen können, wenn wir nicht die vielen formalen Auseinandersetzungen gehabt hätten. Bei den Themen, die jetzt noch anstehen, drohen eher Konflikte mit den eigenen Parteien und mit weniger netzaffinen Politikern. Als Beispiel: Wenn wir davon ausgehen, dass das Leitbild der Industriegesellschaft abnimmt und ein Übergang zur digitalisierten Gesellschaft stattfindet, dass also nicht mehr alles materiell am Fließband produziert wird, hat das Auswirkungen auf die Arbeitswelt, die sozialen Sicherungssysteme und auch Organisationen wie die Gewerkschaften, die damit umzugehen lernen müssen. Darüber, dass es diesen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel gibt, sind sich in der Enquete wohl alle einig. In den verschiedenen Parteien wiederum stellt sich diese Frage aber noch nicht so sehr und ist umstritten. Gerade auch in meiner eigenen Partei.

Zweiter Teil: Allgemeine netzpolitische Fragen

In der Öffentlichkeit wird die Linkspartei vor allem als Partei wahrgenommen, die einen demokratischen Sozialismus verfolgt und die strikt gegen einen Sozialabbau ist. In punkto Netzpolitik steht sie in der öffentlichen Wahrnehmung dagegen für keine eindeutige Position. Welche netzpolitischen Ziele verfolgt die Linkspartei?

Ganz zentrale Punkte sind für uns: 1. Die Aufhebung der digitalen Spaltung der Gesellschaft, die auch immer in einem direkten Zusammenhang mit der sozialen Spaltung steht. Dass also jeder einen Zugang zum Netz und Anspruch auf einen internetfähigen Computer hat. Denn Demokratie setzt Wissen und Informiertheit voraus: Da spielt das Internet eine immer größere Rolle. 2. Die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität. Wir möchten einfach nicht, dass es über Dienstklassen sozial schlechter Gestellte gibt. 3. Wir sind ganz klar gegen Netzsperrern in jeder Form. 4. Wir wollen Open Data fördern. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass sich Bürger an Gesetzgebungsverfahren generell beteiligen können. Dass es also zwischen der ersten und zweiten Lesung eine Phase gibt, in der Gesetzesvorschläge ins Netz gestellt werden, die Bürger dazu ihre Meinung äußern können und diese dann Berücksichtigung findet. Das bedeutet nicht, dass diese Meinung immer gleich eins zu eins übernommen wird. Aber es muss erkennbar sein, dass die Parlamentarier sich ernsthaft mit den Anregungen und der Kritik der Bürger auseinandersetzen. Außerdem setzen wir uns für einen kostenlosen WLAN-Zugang in Städten und öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Bürgerämtern ein.

Und welches Thema liegt Ihnen persönlich am Herzen?

In erster Linie der Kampf gegen Vorratsdatenspeicherung. Und zwar egal wie lange! Auch eine Speicherung von Daten für 24 Stunden oder ein „Quick-Freeze“-Verfahren lehne ich entschieden ab. Dahinter steht die Grundsatzfrage, ob ich per se Internetnutzer unter einen Generalverdacht stelle oder nicht. Und auch solch schreckliche Taten wie zuletzt von Anders Breivik in Oslo werden mit Vorratsdatenspeicherung, wie in Norwegen praktiziert, nicht verhindert werden können, wie es der CSU-Abgeordnete Uhl meint. Des Weiteren ist mir der soziale Zugang zum Internet ein Anliegen. Auch finde ich es wichtig, einen Weg zu finden, wie gerade in sozialen Netzwerken eine höchstmögliche Privatsphäre für die Nutzer gewährleistet werden kann. Dass also bei der Registrierung auf einer Plattform wie Facebook der Nutzer explizit einwilligen muss, welche Daten er freigeben will und welche nicht, also die Privatsphäre-Einstellungen standardmäßig auf das höchste Niveau voreingestellt sind. Außerdem spreche ich mich dafür aus, alle Daten und Publikationen, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung zu stellen, wie wissenschaftliche Arbeiten oder Studien. Und schließlich fordere ich, dass das Whistleblowing gefördert und erleichtert wird – auch mit gesetzlichen

Regelungen, wie meine Fraktion es im Bundestag beantragt hat.

In den letzten Jahren wurden viele Gesetze zur Überwachung des Internet beschlossen, wie in der von Ihnen schon angesprochenen Vorratsdatenspeicherung. Was halten Sie davon? Wie frei kann aus Ihrer Sicht das Netz sein? Wo sollte der Staat regulierend eingreifen?

Es gibt in punkto Internetüberwachung unglaublich viele Planungen und eine Verschwendung von Steuergeldern bei gleichzeitiger Nichtbeachtung von tatsächlich bestehenden Risiken. Aber ich würde das gar nicht mal nur auf Sicherheitsgesetze beziehen. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an Projekten wie den elektronischen Personalausweis oder die elektronische Gesundheitskarte, von denen die Gefahr ausgeht, dass für jedermann ein gesamtes Menschenleben gläsern und nachvollziehbar wird. Daher finde ich es wichtig, dass man bereits bei der Entwicklung solcher staatlichen Projekte immer auch den Aspekt des Datenschutzes berücksichtigt. Ansonsten gilt für das Internet auch das, was offline gilt: Was offline strafbar ist, ist auch im Internet strafbar - das hat auch nie jemand bestritten. Dass beispielsweise Seiten mit kinderpornographischem Inhalt schnellstmöglich gelöscht werden, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Eine staatliche Regulierung in Bezug auf das Internet kommt für mich jedoch nur in punkto gesetzlicher Festschreibung von Netzneutralität in Frage. Am Ende hängt es auch ganz stark von den Nutzern ab, wie sich das Internet weiter entwickelt.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 4.8.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

Netzsperrern widersprechen Wesensmerkmal des Internet

Am Montag führte ich ein Gespräch mit Dr. Peter Tauber (CDU) über die Arbeit der Internet-Enquete im Deutschen Bundestag und die Netzpolitik seiner Partei. Er begeistert sich für die unmittelbaren Möglichkeiten der

Kommunikation und Partizipation im Netz und hält sie für revolutionär.

Der 36-jährige Peter Tauber gehört seit 2009 dem Deutschen Bundestag an. Er ist Mitglied in den Bundestagsausschüssen für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Arbeit und Soziales sowie im Unterausschuss Bürgerliches Engagement. Außerdem ist er Mitglied der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Peter Tauber betreibt [einen politischen Blog](#). Im Gespräch mit mir spricht Tauber sich für so wenig Regulierung und staatlichen Eingriff in punkto Internet wie möglich aus und meint, dass Netzneutralität keiner gesetzlichen Festschreibung bedarf, sondern mit den aktuell zur Verfügung stehenden Regulierungsvorschriften gewährleistet werden kann. Zudem bekennt er, dass er in netzpolitischen Fragen auf so manchen Widerstand in seiner eigenen Partei stoße: beispielsweise beim Thema Netzsperrern, die er generell ablehnt. Ebenso bedauert er, dass die CDU noch keine geschlossene netzpolitische Agenda habe.

Hinweis: Hier die anderen fünf Interviews

- [Lars Klingbeil](#) (SPD)
- [Dr. Konstantin von Notz](#) (Grüne)
- [Jimmy Schulz](#) (FDP)
- [Halina Wawzyniak](#) (DIE LINKE)
- [Jeanette Hofmann](#) (Sachverständige)

Erster Teil: Fragen rund um die Internet-Enquete

Herr Dr. Tauber, wie kamen Sie mit dem Thema Netzpolitik in Berührung?

Das fällt in die Zeit, als ich Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen war. Damals fragte ich mich, wie ich das Internet für mich und meine politische Arbeit nutzen kann: Wie funktioniert politischer Dialog mit dem Bürger im Netz? Welcher technischen und organisatorischen Rahmenbindungen bedarf es? Wie bewege ich mich in den Social Media? Als ich dann im Wahlkampf 2009 als Bundestagskandidat gegen jemanden antrat, den schon alle kannten und ich eine Möglichkeit finden musste, auf einem relativ schnellen und leichten Weg viele Menschen zu erreichen, kam dann verstärkt das Internet ins Spiel. Damit

verbunden stieg auch mein Interesse an gesellschaftspolitischen Fragen, die die Nutzung des Internet betreffen.

Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im März 2010 die Einsetzung der Internet-Enquete vom Deutschen Bundestag beschlossen. Welche Motivation stand seitens der CDU-Fraktion dahinter?

Wir wollten uns damals mit dem Thema Netzpolitik auch in einer anderen Form befassen, als nur im Rahmen parlamentarischer Debatten, wo es viele kontroverse Auseinandersetzungen gab: wie bei der Diskussion „Netzsperrern versus Löschen statt Sperrern“. Der Schwerpunkt sollte gerade auch auf die langfristigen Perspektiven in der Netzpolitik gelegt werden – weg von reiner Tagespolitik.

Welche gesellschaftspolitischen Fragen thematisiert die Enquete?

Zum Beispiel: Welche Voraussetzungen brauchen wir für die Organisation einer digitalisierten Gesellschaft? Stichwort: Netzinfrastruktur (Breitbandausbau etc.) und Netzneutralität. Es ist wichtig, dass alle beteiligten Akteure – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – sich dessen bewusst werden und darüber diskutieren. Dann gibt es den ökonomischen Aspekt: Was bringt uns die digitale Gesellschaft? Wo liegen die Chancen für unsere Volkswirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen? Mich persönlich interessiert jedoch am meisten die Frage, was das Netz mit unserer Gesellschaft macht: Wie verändert es Demokratie, Meinungsbildung, Kommunikation, Bildung und politische Teilhabe? Darüber wird noch viel zu wenig reflektiert. Die Chancen einer digitalisierten Welt werden viel zu wenig betont. Weitere Fragen sind: Wie verändern sich Kulturtechniken? Wie gehen wir mit Wissen um? Verlagern wir es in die Cloud? Was bedeutet all das für unser kulturelles Gedächtnis? Wie verändert sich unsere Gesellschaft und wie entwickelt sich vor diesem Hintergrund so etwas wie ein Gemeinschaftsbewusstsein? Was weiß der Einzelne noch auf Anhieb, auch ohne jederzeit verfügbares Wissen aus dem Netz? All diese Fragestellungen haben massive Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und sollen in der Internet-Enquete behandelt werden.

Das Enquete-Mitglied Jimmy Schulz (FDP) sprach bezüglich des Einsatzes des Bürgerbeteiligungstools „Adhocracy“ im Rahmen der Enquete-Arbeit von einer kleinen Revolution. Teilen Sie diese Ansicht?

Adhocracy ist aus meiner Sicht ein Tool - keine Revolution. Eine Revolution ist die unmittelbare Möglichkeit der Kommunikation und Partizipation durch das Internet. Die große Herausforderung besteht darin, diese zu institutionalisieren. Weil jeder Dialog zumeist zwischen zwei Menschen stattfindet und selten zwischen einer Institution und einem Menschen. Und auch für Politiker ist es unheimlich schwierig, bei der knapp bemessenen Zeit, die täglich bleibt, den Bürgern eine ausreichende Möglichkeit der direkten Kommunikation zu bieten. Adhocracy ist vielleicht ein Tool, das helfen kann, dies zu kanalisieren.

Derzeit gibt es auf <https://www.enquetebeteiligung.de> rund 1.800 Mitglieder. Sind Sie mit der bisherigen Bürgerbeteiligung zufrieden? Oder sehen Sie einen Verbesserungsbedarf?

Die Arbeit in der Enquete zeigt, dass das Adhocracy-Tool selbst noch keinen Mehrwert generiert. Es kommt auch auf die Frage an, ob es überhaupt genügend Bürger gibt, die das nutzen. Im Verhältnis zur Bedeutung von Netzpolitik tun das viel zu wenige. Ich bin natürlich über jeden froh, der sich daran beteiligt. Aber das Thema interessiert vielleicht noch nicht so viele Menschen, wie gemeinhin angenommen wird. In der Projektgruppe Netzneutralität beispielsweise, in der wir Adhocracy aber auch erst relativ spät einsetzten, gab es viel weniger Rückmeldungen als in anderen Projektgruppen. Entweder, weil die Thematik zu kompliziert ist oder diese von den Bürgern im politischen Dialog nicht so sehr als Problem angesehen wird. Eine weitere Möglichkeit kann sein, dass viele Bürger noch gar nichts davon wissen, dass sie sich über Adhocracy beteiligen können. Daher muss auch darüber geredet werden, wie eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden kann.

In ihrem Blog „Schwarzer Peter“ drückten Sie kürzlich [in einem Beitrag](#) Ihr Bedauern darüber aus, dass die Ergebnisse der Projektgruppen Netzneutralität und Datenschutz in der letzten Sitzung der Internet-Enquete nicht beraten und beschlossen werden konnten. Sie kritisieren, dass einige Beteiligte in der Enquete den Geist des Konsenses längst aufgegeben haben. Könnten Sie dies bitte konkretisieren?

Das Problem kennen wir ja von den parlamentarischen Gepflogenheiten: Die Opposition schlägt etwas vor und die Regierung lehnt es reflexartig ab. Und umgekehrt. Es ist äußerst selten, dass Vorschläge fraktionsübergreifend eine Zustimmung finden. Doch der Charme der Internet-Enquete besteht ja genau

darin, dass sich alle Beteiligten sagen können: Ok, jetzt sind wir mal raus aus der Tagespolitik und können über Probleme langfristiger nachdenken. Da gibt es auch Sachverständige, die imstande sind, politische Fronten aufzubrechen. Und wir können gemeinschaftlich Texte erarbeiten. Das ist auch zum Teil gelungen. Gerade die (Koalitions-)Mehrheit hat hier die Verantwortung, im Sinne einer Konsensfindung von Maximalforderungen abzurücken, die sie mit Mehrheit durchdrücken könnte. Wenn dann jener Konsens gefunden wurde und im Anschluss die Opposition neue Änderungsanträge vorlegt, die deren ursprüngliche, reine Positionen beinhaltet, ist das sehr bedauerlich. Das betrifft beispielsweise den Text zum „Löschen statt Sperren“, den die von mir betreute Projektgruppe Netzneutralität ausgearbeitet und verabschiedet hat. Viele Passagen daraus waren in meiner Fraktion umstritten: trotzdem setzte ich mich damit durch, diese im Text stehen zu lassen. Dann gab es jedoch einen Änderungsantrag, der weit darüber hinaus ging. Das zeigt, dass wir, sobald die Enquete öffentlich tagt, zumeist wieder in einen rein politischen Schlagabtausch verfallen. Wohl auch deshalb, weil die Schwierigkeit bei einem gemeinsamen Konsens mit dem politischen Gegenspieler darin besteht, diesen dann auch in der eigenen Partei zu verkaufen.

Seitens Medien und Netz-Community wurde insbesondere die Koalitionsmehrheit aus CDU/CSU und FDP kritisiert, aus parteitaktischen Überlegungen heraus den Zwischenbericht verschoben zu haben. Der Sachverständige Markus Bechedahl [sprach von einer „Schmierenkomödie“](#). Er warf der Koalition vor, kein Interesse daran zu haben, mehrheitlich für die Empfehlung einer gesetzlichen Festschreibung der Netzneutralität zu stimmen und im Rahmen der Telekommunikationsgesetz-Novelle eine ganz andere Richtung zu bevorzugen. Wie reagieren Sie auf diese Kritik?

Markus Bechedahl selbst macht doch solche parteitaktischen Spiele, wenn er behauptet, wir würden hier etwas verhindern oder verschleiern wollen – das ist Quatsch! Solch ein Verhalten finde ich unangemessen. Bechedahl mutmaßt ja einfach nur, dass es eine Mehrheit für die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität gäbe. Ich behaupte: Die gibt es nicht! Denn auch die Projektgruppe Netzneutralität hat sich mit Mehrheit gegen eine gesetzliche Verankerung ausgesprochen. Warum? Weil sich nach Fachgesprächen – auch mit dem Chef der Bundesnetzagentur, der meinte, über genügend Mittel zu verfügen,

um Netzneutralität sicherzustellen – herausgestellt hat, dass Netzneutralität mit den zur Verfügung stehenden Regulierungsvorschriften bereits gewährleistet werden kann.

Die Internet-Enquete beschließt keine Gesetze, sondern gibt nur Handlungsempfehlungen, die nicht bindend sind. Kann das Gremium vor diesem Hintergrund überhaupt zur Lösung von netzpolitischen Fragen beitragen? Welche realpolitische Relevanz hat es?

Wer erwartet, dass die Internet-Enquete dafür sorgen kann, dass morgen Gesetze erlassen oder geändert werden, der hat den Sinn und Zweck einer solchen Kommission nicht verstanden. Die Enquete richtet sich einerseits an die Netz-Community: Das sind alles Leute, die im Netz leben, sich dort sehr gut auskennen und unheimlich viel Know-how besitzen. Aber: Die Enquete soll sich ja eben auch an die weniger netzaffinen Bürger richten, die noch nicht erkannt haben, was ihnen persönlich das Internet bringt und wie wichtig dieses für unser Land ist. Diese mit netzpolitischen Themen zu erreichen und darüber aufzuklären, wie sehr das Internet unsere Art zu leben und denken verändern wird, ist die große Herausforderung. Das ist noch nicht ausreichend gelungen. Dies sehe ich als eine der wichtigsten Aufgaben der Internet-Enquete an. Da müssen wir auch direkt auf die Menschen zugehen: So wie ich das beispielsweise mit Vorträgen zum Thema Social Media in meinem Wahlkreis tue – da lade ich Menschen aller Altersgruppen ein, um darüber zu diskutieren, welche Chancen uns die neuen Medien bieten, und ich versuche sie dafür zu sensibilisieren. Dabei kommt mir vor allem auch meine Beschäftigung mit Netzpolitik im Rahmen der Internet-Enquete zugute, die damit auch einen praktischen Nutzen hat. Die Enquete-Mitglieder sind also auch gefordert, das während der Arbeit in dem Gremium gesammelte Wissen und die dabei gewonnenen Erfahrungen in ihrem eigenen Wirkungskreis, sei es im Unternehmen, in einer Organisation, im Wahlkreis etc., zu kommunizieren, um den gesellschaftlichen Diskurs zu stärken.

Wie fällt Ihr Resümee bezüglich der bisherigen Arbeit der Internet-Enquete aus? Und welche der bereits beschlossenen Handlungsempfehlungen halten Sie für besonders wichtig?

Zur Arbeit der Enquete zitiere ich gerne Max Weber mit dem Aphorismus: „Politik ist das lange und langsame Bohren dicker Bretter. Sie erfordert Leidenschaft und Augenmaß“. Wir erleben auch in der Enquete, dass es in unserer komplexen Welt

zumeist keine einfachen und schnellen Antworten gibt – obwohl es oft diese Erwartungshaltung von außen gibt. Dennoch macht mir die Arbeit in der Enquete sehr viel Spaß – auch der Dialog mit Markus Beckedahl, obwohl ich mich manchmal über ihn ärgere. In punkto Handlungsempfehlungen empfand ich es als besonders wichtig, was die Projektgruppe Medienkompetenz bis dato erarbeitet hat. Insbesondere die Forderung, dass jeder Schüler einen eigenen Laptop erhält. Aus meiner Sicht ist das ein ganz wichtiger Baustein im Bildungsbereich, um Kindern und Jugendlichen wie selbstverständlich den Umgang mit neuen Medien zu ermöglichen – ohne soziale Hürden, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das hat nicht nur einen gewissen Symbolcharakter, sondern ist auch ein konkretes Ergebnis, an dessen politische Umsetzung man sich machen kann.

Zweiter Teil: Allgemeine netzpolitische Fragen

Welche Ziele verfolgt die CDU in punkto Netzpolitik?

Die Herausforderung, die sich nach wie vor für die CDU stellt, ist, dass die Netzpolitik mittlerweile zwar als Querschnittsthema angenommen wurde, dass es uns aber noch nicht gelungen ist, auch die Fachpolitiker, die jeweils betroffen sind, ausreichend für das Thema zu sensibilisieren. Natürlich gibt es verschiedene Bemühungen und Ansätze: Dazu gehört beispielsweise das persönliche Engagement von Kollegen wie Thomas Jarzombek (CDU) in Sachen Medienkompetenz oder von Dorothee Bär (CSU) bezüglich politischer Partizipation. Jedoch hat die Union noch nicht so etwas wie eine runde oder abgeschlossene netzpolitische Agenda. Sie nutzt jedoch aktuelle Diskurse, um ihren eigenen netzpolitischen Kompass festzulegen. So wie die CSU [einen Netzrat ins Leben rief](#), wird auch die CDU zukünftig sehr viel stärker der Frage nachgehen, wo die Leitlinien und Eckpunkte in der Netzpolitik liegen, die bisher nur punktuell beantwortet wurde. Auch hierbei können die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Internet-Enquete sehr hilfreich sein.

Welche netzpolitischen Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Mich interessieren vor allem die Partizipationsfragen und die demokratiethoretischen Aspekte. Dank dem Internet eröffnen sich völlig neue

Möglichkeiten: Der Bürger kann ganz anders als zuvor mit einem Politiker in einen Dialog treten und sich an politischen Diskussionen beteiligen: sei es per E-Mail oder über soziale Medien wie Facebook und Twitter.

Birgt das Internet für Sie auch Herausforderungen im Dialog zwischen Politik und Bürgern? Sehen Sie hier bestimmte Problemstellungen?

In jedem Fall: Wird beispielsweise über den direkten Weg der Internetkommunikation nicht auf eine Kontaktanfrage eines Bürgers eingegangen, kann das bei diesem zu erheblicher Frustration führen: Die Bürger machen dann eine Negativerfahrung und fühlen sich in ihrer Wahrnehmung bestätigt, dass ihnen die Politik sowieso nicht zuhört. Es ist also für Parteien und Politiker eine unheimlich große Herausforderung, diesen Dialog zu organisieren, wenn fundierte und sachgerechte Entscheidungen von uns erwartet werden. Momentan stellen etwa 20 Bürger pro Tag solche Anfragen bei mir - mein Wahlkreis hat aber 250.000 Einwohner. Wenn sich die Zahl der Anfragen auch nur auf 250 Bürger erhöhen würde, könnte ich das nicht mehr bewerkstelligen. Die zweite Herausforderung, die ich sehe: Im Internet gibt es die große Chance, dass ich meine Meinung sage. Also auch ich als CDU-Abgeordneter, wenn ich mit einem Entschluss meiner Fraktion nicht zufrieden bin, wie bei der Griechenlandhilfe, habe jetzt viel besser als früher die Möglichkeit, in meinem eigenen Blog meine Meinung darzulegen. Die spannende Frage ist aber, und das merkt man auch an manchen Diskursen in der Internet-Enquete: Wie steht es um die Fähigkeit, von meiner eigenen Meinung ausgehend mit anderen im Dialog einen Kompromiss und einen Konsens zu finden? Denn es ist natürlich auch ein Wesensmerkmal von Demokratie, dass am Ende nie meine alleinige Meinung als Ergebnis stehen wird, sondern eine Mehrheitsmeinung, bei der eine qualifizierbare Zahl an Menschen sich mit ihrer Meinung nicht durchsetzt. Das gilt es zu akzeptieren. Leider merken wir an vielen Stellen der Gesellschaft, dass es zunehmend Gruppen gibt, die nicht dazu bereit sind, den mit Mehrheit gefundenen Konsens zu akzeptieren und mitzutragen. Ob das Internet an dieser Stelle eine positive oder negative Auswirkung hat, ist eine Frage, die mich auch in meiner politischen Arbeit enorm beschäftigt. Dies finde ich ganz wichtig, da die Beantwortung dieser Frage auflöst, ob das Internet am Ende zu mehr Demokratie und deren Akzeptanz führt oder dazu, dass Leute sich von dieser abwenden. Das Internet bietet zwar viele Chancen für mehr Demokratie und Teilhabe - das ist aber kein Automatismus.

Jimmy Schulz (FDP) erklärte mir gegenüber, dass alle Gesetze, die in den letzten zehn Jahren im Bereich Internet erlassen wurden, nichts Positives bewirkt hätten und immer noch die negativen Aspekte in der politischen Diskussion im Vordergrund stehen, statt die Chancen des Internet. Die CDU gehört zu denen, die zusammen mit anderen Parteien in den letzten Jahren eben solche Gesetze zur Regulation und Überwachung des Internet vorantrieben: z. B. in punkto Vorratsdatenspeicherung und Netzsperrern. Wie frei kann aus Ihrer Sicht das Netz sein?

Das ist ein Diskurs, den ich auch in meiner Partei führe. Ich persönlich bin in die CDU eingetreten, weil sie die Partei der Freiheit ist. Aber Freiheit bedeutet für mich nicht, tun und lassen zu können, was ich will, sondern Verantwortung zu übernehmen. Für mich selbst, aber auch für andere. Wenn ich das auf das Netz übertrage, bin ich natürlich für möglichst wenig Regulierung und staatlichen Eingriff. Denn ich bin der Auffassung, dass ich als Bürger sehr wohl die Möglichkeit habe, darüber zu reflektieren, was ich im Netz tue und was nicht. Die spannende Frage ist nur: Wo verläuft die Linie, wo ich als Bürger alleine nicht mehr entscheiden kann? Und da gehöre ich gewiss nicht zu denjenigen, die diese Linie ständig absenken wollen und fordern, da muss der Staat eine Verantwortung für die Bürger übernehmen. Sondern ich gehöre zu denen, die sagen: Traut den Bürgern mehr zu! Sowohl innerhalb als auch außerhalb des Netzes.

Gibt es mehr Schnittmengen zwischen den Netzpolitikern der jeweiligen Fraktionen als zwischen den Netzpolitikern und Ihrer jeweils eigenen Fraktion? Oder andersherum?

Zu den Netzpolitikern der anderen Fraktionen gibt es meinerseits einen guten und intensiven Kontakt. Wie zu Lars Klingbeil (SPD) oder Konstantin von Notz (Grüne). Uns verbindet natürlich auch das Anliegen, auf die Bedeutung von Netzpolitik aufmerksam zu machen. Ansonsten kämpfen wir alle individuell mit dem einen oder anderen in unserer jeweiligen Partei – so wie Lars Klingbeil zuletzt beim Thema Vorratsdatenspeicherung in der SPD. Und ich führe ähnliche Debatten, wenn sich die Union zu solch einem Thema äußert. So wie bei meiner Ablehnung von Netzsperrern und der Befürwortung von „Löschen statt Sperren“. Das Sperren von Inhalten im Netz ist für mich nicht mit dem Wesensmerkmal des Internet vereinbar und auch effektiv ungeeignet ([siehe dazu ein Beitrag vom Februar 2011](#)).

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 26.7.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

„Adhocracy ist eine kleine Revolution“

Trotz Sommerpause im politischen Betrieb setze ich meine Interview-Reihe (als Teil des [Dossiers „Netzpolitik im Bundestag“](#) von politik-digital.de) mit Vertretern der Internet-Enquete fort. Gestern traf ich den Bundestagsabgeordneten Jimmy Schulz (FDP).

Der 42-jährige Internet-Unternehmer Jimmy Schulz ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags. Dort ist er ordentliches Mitglied des Innenausschusses, stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss, im Ausschuss für Kultur und Medien, im dazu gehörigen Unterausschuss Neue Medien sowie Obmann der FDP-Fraktion in der Internet-Enquete. Zusammen mit anderen betreut er das [Informationsportal Open Enquete](#), das über die Arbeit der Internet-Enquete aufklärt.

Im Gespräch mit mir erklärt Jimmy Schulz, dass er momentan eine gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität für nicht nötig hält und gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung ist. Auch bedauert er die aus seiner Sicht negative Medienberichterstattung über die letzten beiden Sitzungen der Internet-Enquete und fordert ein neues Nachdenken über den dortigen Abstimmungsprozess.

Hinweis: Hier die anderen fünf Interviews

- [Lars Klingbeil](#) (SPD)
- [Dr. Konstantin von Notz](#) (Grüne)
- [Dr. Peter Tauber](#) (CDU)
- [Halina Wawzyniak](#) (DIE LINKE)
- [Jeanette Hofmann](#) (Sachverständige)

Erster Teil: Fragen rund um die Internet-Enquete

Herr Schulz, wie kamen Sie mit dem Thema Netzpolitik in Berührung?

Ich bin schon seit 1992 in dem Bereich Unternehmer und habe 1995 den IT-Dienstleister CyberSolutions GmbH gegründet. Nebenher studierte ich politische Wissenschaften - da lag es nahe, dass ich mich auch mit dem Thema Netzpolitik auseinandersetzte. Ganz konkret wurde das 1998, als die Diskussion über die [Telekommunikations-Überwachungsverordnung](#) (TKÜV) begann. Ich konnte und wollte mich nicht mit dem Gedanken abfinden, dass man mir als Internet-Service-Provider hinter meine Firewall in den Serverraum, da wo die Rechner meiner Kunden stehen, eine schwarze Kiste stellen wollte, die meine Kunden ausspäht. Der Gipfel der Frechheit war, dass ich die Kiste mit 20.000 DM auch noch selbst bezahlen sollte. Ich saß damals zwei Jahre lang als Vertreter der Internet-Branche in der Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema TKÜV. Dort stellte ich fest, dass Politik nicht wirklich verstand, warum ich aus Grundrechtsüberlegungen heraus gegen die TKÜV bin. Meine Argumente fanden wenig Gehör. Da beschloss ich: Ich muss auf die andere Seite des Tisches!

Heute sind Sie MdB und Mitglied der Internet-Enquete. Warum bedarf es überhaupt dieses Gremiums im Deutschen Bundestag?

Die Politik hat in den Jahren 2008 und 2009 festgestellt, dass Netzpolitik kein Orchideen-Thema mehr ist, sondern eine ganze Generation betrifft, die sich in dem Bereich auch motivieren lässt. Der Weckruf war nicht nur die politische Diskussion rund um die Vorratsdatenspeicherung, sondern die Mobilisierung einer großen Gruppe durch die auch von mir selbst unterstützte [Petition gegen Netzsperrn](#) von Franziska Heine mit über 134.000 Unterzeichnern. Hier hat meiner Meinung nach erstmals das gemeinschaftliche Bewusstsein einer Netzgemeinde ihren Ausdruck gefunden. Und die Politik registrierte relativ schnell, dass die Digitalisierung und Vernetzung die Gesellschaft so sehr durchdrungen und verändert hat, dass eine gesamtgesellschaftliche Dimension daraus wurde. Es reifte die Erkenntnis, dass es sich hierbei um ein Querschnittsthema handelt, das eigenständig behandelt werden muss. Daher rief der Bundestag mit der Internet-Enquete ein aus meiner Sicht wirklich sehr besonderes Instrument des deutschen Parlamentarismus ins Leben. Vor allem

deshalb, weil in dem Gremium neben den 17 Parlamentariern auch 17 von den jeweiligen Fraktionen benannte Sachverständige aus der Welt der Netz-Aktiven, aus Wissenschaft und Internetunternehmen mit gleichem Stimmrecht vertreten sind und ihr Know-how miteinbringen.

Die FDP betreibt das Portal „[Open Enquete](#)“. Welche Idee und Zielsetzung stecken dahinter? Was ist das Besondere an dem Portal?

Als die Internet-Enquete eingesetzt wurde, stellten wir fest, dass dadurch ein großes Interesse in der Öffentlichkeit geweckt wurde, es aber im Bundestag keine Möglichkeit gab, die Öffentlichkeit an der Diskussion, auch im Vorfeld der Gründung des Gremiums, zu beteiligen. Da dachten wir uns, dass es einer Plattform bedarf, mit der ganz schnell und unbürokratisch die Informationen aus der Internet-Enquete in die Öffentlichkeit getragen werden. Dort versuchen wir auch weiterführendes Informationsmaterial bereitzustellen: so präsentieren wir beispielsweise Interviews mit verschiedenen Sachverständigen sowie anderen interessanten Gesprächspartnern und erklären, wie das Beteiligungstool Adhocracy funktioniert. Aber natürlich war es auch ein Sprachrohr für uns, um eigene Thesen und Diskussionsbeiträge vorzustellen. Mittlerweile gibt es auch die [offizielle Webseite](#) der Internet-Enquete, auf der ebenfalls alle Informationen aus dem Gremium verbreitet werden.

Inwieweit spielt das Bürgerbeteiligungstool Adhocracy bei Ihrer Arbeit eine Rolle?

Ich bin sehr froh, dass wir Adhocracy im Einsatz haben und sich jetzt jeder Bürger unter <https://www.enquetebeteiligung.de> an der aktuellen Debatte und in den Projektgruppen der Internet-Enquete beteiligen kann – bis dahin war es ein schwieriger und schmerzhafter Prozess. Das ist eine kleine Revolution für den Deutschen Bundestag: Noch nie hat ein Ausschuss so offen und transparent getagt wie die Internet-Enquete, die grundsätzlich alle ihre Sitzungen öffentlich macht und in einen direkten Dialog mit den Bürgern tritt sowie Anregungen aus der Gesellschaft aufnimmt. Wir diskutieren über diese Ideen, als säße der 18. Sachverständige mit im Raum.

Derzeit gibt es fast 1.800 Mitglieder bei Adhocracy: Diese können natürlich nicht für 82 Millionen Deutsche sprechen. Wie wichtig ist neben der demokratischen Legitimation die Qualität der Beiträge?

Die Qualität ist ein ganz zentraler Punkt. Aber: eine demokratische Legitimation ist natürlich dann besonders hoch, wenn sich besonders viele Menschen an Abstimmungen beteiligen. Hier müssen wir als Enquete-Mitglieder noch viel mehr dafür werben, dass die Bürger bei unseren netzpolitischen Debatten mitmachen. Gemessen an der Zahl der Gesamtbevölkerung in Deutschland ist die Zahl von 1.800 natürlich noch sehr klein. Auf der anderen Seite werden in der Internet-Enquete aber auch Themen besprochen, die zwar spannend sind, aber in der Breite der Masse der Bevölkerung nicht so stark diskutiert werden, sondern eher von einer kleineren Gruppe von Experten. Ich bin aber nicht enttäuscht über die bisherige Teilnehmerzahl: vielleicht ist das Ganze ein Startschuss und in zehn Jahren beteiligen sich dann möglicherweise Hunderttausende von Menschen an solchen Debatten.

Wie erklären Sie sich das Gefälle bei der Bürgerbeteiligung zwischen den diversen Projektgruppen? So ist die Gruppe Demokratie und Staat sehr lebendig, während z.B. in der Gruppe Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, die zuletzt von Ihrem Parteikollegen Manuel Höferlin betreut wurde, weniger Aktivität festzustellen ist.

Wir haben festgelegt, dass von den insgesamt zwölf Projektgruppen immer maximal vier gleichzeitig laufen. Zur ersten Welle gehörten die Gruppen Datenschutz, Urheberrecht, Medienkompetenz und Netzneutralität. Diese haben ihre Arbeit abgeschlossen und tagen auch nicht mehr. In die Zeit, in der diese Gruppen tagten, fiel die Einführung von Adhocracy. Zu diesem Zeitpunkt waren die Gruppen bereits bis zu zwei Dritteln mit ihrer Arbeit fertig. Die Projektgruppe Demokratie und Staat hat jedoch erst kürzlich ihre Arbeit aufgenommen. Das bedeutet: Im Gegensatz zu den eben genannten Gruppen kann die Projektgruppe Demokratie und Staat von Anfang an mit Adhocracy arbeiten und auf den Lernprozess zurückgreifen, der von den Anwendern, aber auch vom Enquete-Sekretariat in den vergangenen Monaten mit dem Bürgerbeteiligungstool gemacht wurde. Das ist für mich der wesentliche Grund dafür, dass die Beteiligung in Gruppen wie Datenschutz und Persönlichkeitsrechte geringer ausfiel. Es mag aber teilweise auch thematische Gründe geben.

Bei den Themen Netzneutralität und Datenschutz gibt es bis heute keine Einigung, so dass der endgültige Zwischenbericht verschoben werden musste. Wo liegen aus Ihrer Sicht die Ursachen? Welche Punkte sind noch strittig? In den Medien war auch die Kritik zu hören, dass die

Koalitionsmehrheit diese Themen einfach aussitzen wolle.

Vorweg: Die Medienberichterstattung über den Verlauf der letzten beiden Enquete-Sitzungen war sehr von einer Erwartungshaltung gefärbt, die nicht die realen Abläufe solcher Sitzungen widerspiegelt. Das ist sehr schade. Es hat beispielsweise beim Thema Netzneutralität eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Enquete-Mitgliedern gegeben - nach langen und harten Diskussionen. Der Haken liegt gerade bei schwierigen Themen wie bei Internetsperren, bei dem wir uns zwar einstimmig einigten, aber die Frage war, ob es in den Textteil zur Netzneutralität hineingehört oder nicht. Wir haben es schließlich aufgenommen und einen Textentwurf entwickelt, der mit Zustimmung aller fünf Fraktionen verabschiedet wurde. Bedauerlich ist dann jedoch, wenn sozusagen hinten herum und kurz vor einer Sitzung ursprüngliche Forderungen und neue Anträge aufgebracht werden, die den gefundenen Konsens wieder aufbrechen. Das ist eine Verfahrensweise, die die vorherige Konsensfindung in Frage stellt: [wie der Änderungsantrag](#) des Sachverständigen Alvar Freude, der eine Ergänzung zum Kapitel V des von der Projektgruppe Netzneutralität [beschlossenen Textes](#) beinhaltet. Dabei handelt es sich um einen alten Text, der jetzt wieder eingebracht wurde. Wenn das zur Regel würde, könnte man sich die vorherige Konsensfindung auch sparen. Ich hoffe jedoch, dass wir uns an den bereits diskutierten Kompromissen orientieren. Ein anderes Problem tat sich im Bereich der Projektgruppe Urheberrecht auf: Durch das straffe Abstimmungsverfahren wurde ein bereits mehrheitlich abgestimmter Text durch Änderungsanträge um Widersprüche ergänzt. Das führt in einem Text dazu, dass wir einen Textteil haben, in dem es im einen Satz heißt „Wir sind für A!“ und im anderen „Wir sind gegen A!“. Das schien manchem nicht bewusst gewesen zu sein. Und um diesen Prozess nicht weiter eskalieren zu lassen, also einen Text zu produzieren, der inhaltlich widersprüchlich ist, entschlossen wir uns, die weiteren Entscheidungen zu verschieben. Denn durch den engen Abstimmungsrythmus in der Enquete war eine vergleichende Textarbeit überhaupt nicht möglich. Das war für uns als FDP auch ein Grund zu sagen, dass wir über diesen Prozess neu nachdenken müssen.

Die Enquete-Mitglieder Lars Klingbeil und Konstantin von Notz sprachen sich im Gespräch mit uns für eine gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität aus. Welche Position vertreten Sie als Liberaler in diesem Sachverhalt? Unterstützen Sie das?

Wir haben das Thema Netzneutralität sehr intensiv diskutiert und weitgehend einen ähnlichen Blickwinkel. Wir alle treten gemeinsam dafür ein, dass Netzneutralität gewahrt wird. Ein diskriminierungsfreies Netz ist ein wichtiger Faktor für alle: nicht nur für die Gesellschaft und die Demokratie, sondern auch für die Wirtschaft, für Unternehmer, die beispielsweise mit niedrigen Einstiegshürden in den Markt eintreten wollen. Einig sind wir uns auch in der Erkenntnis, dass die Netzneutralität in Deutschland aktuell überhaupt nicht verletzt wird. Ich weigere mich nicht grundsätzlich, Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben. Einen akuten Handlungsbedarf sehe ich jedoch momentan nicht. Bisher hat der Markt jedwede Art der Netzverletzung geregelt. Im kabelgebundenen Bereich gibt es viele Anbieter und genügend Bandbreite, weshalb wir diese Problematik dort nicht sehen. Im Mobilfunkmarkt besteht aber sehr wohl die Gefahr, dass hier die Netzneutralität verletzt wird: was ja auch bereits geschehen ist, wie von der Telekom, die bei iPhone-Verträgen die Nutzung von Skype untersagte. Aber dann kommt eben ein Mitbewerber und lässt das zu. Solange der Markt solche Dinge selbst regelt, besteht hier kein Handlungsbedarf seitens des Staates. Zumal ich grundsätzlich sehr skeptisch bin, wenn der Gesetzgeber in punkto Internet herumreguliert. Übrigens: Alle Gesetze, die in den letzten zehn Jahren im Bereich Internet erlassen wurden, haben aus meiner Sicht nichts Positives bewirkt. Sollte sich jedoch eine nachhaltige Verletzung der Netzneutralität zeigen, dann wollen wir zunächst die Bundesnetzagentur vermittelnd eingreifen lassen. Wenn auch dies nicht hilft, wäre eine gesetzliche Festschreibung für mich denkbar.

Die Internet-Enquete beschließt keine Gesetze, sondern gibt nur Handlungsempfehlungen, die nicht bindend sind. Kann das Gremium vor diesem Hintergrund überhaupt zur Lösung von netzpolitischen Fragen beitragen? Welche realpolitische Relevanz hat es?

Zum einen ist die Internet-Enquete ein gutes Mittel zur Beförderung eines Lernprozesses für Parlament und Parlamentarier. Und in der Außenwirkung ist es unheimlich wichtig, den Bürgern, die netzpolitisch interessiert sind, zu zeigen, dass sich die Politik mit diesen Themen ernsthaft und tiefgreifend auseinandersetzt. Die Umsetzung von Handlungsempfehlungen hängt natürlich auch immer mit den handelnden Personen zusammen. Wenn die Enquete keine Kämpfer dafür hat, dass diese Handlungsempfehlungen auch in die Tat umgesetzt werden, ist die Chance natürlich relativ gering, dass hier realpolitisch etwas

bewirkt wird. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir einen Konsens erreichen, damit die verschiedenen Fraktionen nach dem Ende der Internet-Enquete mit gemeinsamen Kräften die beschlossenen Handlungsempfehlungen umzusetzen versuchen.

Welche der bis dato beschlossenen Handlungsempfehlungen finden Sie besonders nennenswert?

Für sehr viel Aufmerksamkeit hat sicherlich die Forderung der Projektgruppe Medienkompetenz gesorgt, dass jeder Schüler einen Laptop erhalten soll. Das fand ich zum einen mutig, zum anderen richtig. Es wird ganz schwierig werden, das durchzusetzen. Aber dass wir das einstimmig in der Internet-Enquete beschlossen haben, finde ich toll!

Zweiter Teil: Allgemeine netzpolitische Fragen

Welche wesentlichen politischen Ziele verfolgt die FDP rund ums Netz?

Wir halten das Netz für die größte Revolution und Evolution seit Erfindung des Buchdrucks und der Industrialisierung. Es ist die schönste Form der Globalisierung - mit so vielen Chancen für Gesellschaft und Demokratie und für die Kommunikation von Menschen, Staat und Wirtschaft. Plötzlich kann jeder ein Unternehmen gründen. Und das mit einer Einstieghürde, die im Preis eines Computers mit Internetanschluss liegt. Jeder kann mit jedem kommunizieren. Das Netz bietet eine große Chance für die gesamte Menschheit - und das sollte in den Vordergrund gestellt werden. Nicht die dunklen Ecken des Internet, die Gefahren und die Herausforderungen, sollten im Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Debatte stehen, sondern die vielen Chancen. Da läuft noch vieles falsch, da häufig immer noch die negativen Aspekte in der politischen Diskussion im Vordergrund stehen. Wir wollen, dass das Netz frei bleibt von Überwachung, Zensur und weitestgehend von staatlichen Regulierungen.

Welche netzpolitischen Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Mein großer Traum und Wunsch wäre es, wenn die Internet-Enquete zum Ergebnis hätte, dass die Netzpolitik einen dauerhaften Platz im Parlament

einnimmt.

Die FDP ist nach eigenem Selbstverständnis eine Bürgerrechtspartei. Inwieweit gilt das für das Internet? Wie frei kann das Netz sein? Wo sollte der Staat regulierend eingreifen?

Seitdem wir in der Regierung sind, ist kein einziges neues Sicherheitsgesetz, keine neue Einschränkung der Freiheit der Bürger grundsätzlich entschieden worden, was in der Vorgängerregierung noch im 6-Monats-Takt geschah. Insbesondere trifft das auf das Internet zu. Wir haben momentan keine Vorratsdatenspeicherung mehr und [ELENA](#) ist gekippt. Außerdem sind die Internetsperren nie in Kraft getreten. Das zeigt, dass wir die Freiheit im Netz verteidigen und bewahren wollen. Ich persönlich bin auch grundsätzlich gegen jedwede Form der Vorratsdatenspeicherung.

Welche konkreten netzpolitischen Projekte verfolgt die FDP im Netz?

Die FDP-Fraktion unterstützt beispielsweise das von mir betreute Projekt Open Enquete. Und natürlich evaluiert die Partei auch, wie sie aus den Erfahrungen, die mit der Internet-Enquete und dem Einsatz des Bürgerbeteiligungstools Adhocracy gesammelt wurden, in die Parteiarbeit einbeziehen können. Es gibt in Bayern beispielsweise einen Landesfachausschuss für Netzpolitik, den ich leite, in dem wir schauen, welche Tools wir auch für die Parteiarbeit einsetzen können, um die Parteimitglieder besser miteinzubeziehen. Der Dialog zwischen Parlament und Gesellschaft, Politik und Bürgern, scheint nicht richtig zu funktionieren. Daher müssen wir überlegen, wie wir in Zukunft die Demokratie insbesondere mit dem Hilfsmittel des Internet so gestalten, dass wir diesen Problemen begegnen können. Und da ist gerade das Adhocracy-Tool, wie wir es experimentell in der Internet-Enquete einsetzen, der richtige Weg. Es gibt eine transparente Information - alle Dokumente werden veröffentlicht und es findet ein echter Dialog statt, bei dem auch die Politiker zuhören. Für mich ist das ein sehr spannendes Projekt, bei dem ich überlege, wie wir das weiter vorantreiben können.

Gibt es mehr Schnittmengen zwischen den Netzpolitikern der jeweiligen Fraktionen als zwischen den Netzpolitikern und Ihrer jeweils eigenen Fraktion? Oder andersherum?

Das ist von Fraktion zu Fraktion unterschiedlich. Wobei der Zusammenhalt, der

kollegiale Stil und auch die Übereinstimmung zwischen den Netzpolitikern in wesentlichen Grundfragen der Netzpolitik verhältnismäßig groß ist. Ich zitiere hier gerne Lars Klingbeil (SPD), der einmal halb im Scherz anmerkte: „Würde man uns für 48 Stunden in einen dunklen Raum sperren, würden wir wahrscheinlich danach ohne Blessuren wieder herauskommen und hätten uns in wesentlichen Fragen der Netzpolitik geeinigt. Das Problem sind die anderen 600 (= Abgeordneten).“ Aber im Ernst: Innerhalb meiner Fraktion haben wir Netzpolitiker eine breite Unterstützung. Wie das in anderen Fraktionen läuft, kann ich nicht beurteilen.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 22.7.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

„In der Demokratie geht es immer um das Machbare!“

Nachdem der endgültige Zwischenbericht der Internet-Enquete des Deutschen Bundestages [abermals verschoben](#) wurde, gab es viel Kritik an der Arbeit des Gremiums. Ich traf am gestrigen Tage Dr. Konstantin von Notz (Grüne) in seinem Büro im Deutschen Bundestag und sprach mit ihm über seine Arbeit in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft.

Auch bei den Mitgliedern der Internet-Enquete regt sich vermehrt Kritik an der Arbeit der Kommission. Zuletzt kritisierte die Sachverständige Constanze Kurz, zugleich Sprecherin des Chaos Computer Clubs, [in einem Beitrag bei faz.net](#) die dortigen politischen Rituale - insbesondere beim Thema Netzneutralität.

In einem Gespräch mit mir erläutert das Enquete-Mitglied Dr. Konstantin von Notz, dass ein offener und demokratischer Streit dazugehöre. Dass nicht allein Parteiproporz vorherrsche, zeige sich daran, dass einige sehr gute Beschlüsse gegen die Koalitionsmehrheit im Bereich des Urheberrechts erreicht worden seien - auch dank der Sachverständigen. Diese seien zumeist das Zünglein an der

Waage und könnten politische Gräben aufbrechen. Diese Überlegung stecke auch hinter der Systematik von Kommissionen wie der Internet-Enquete.

Der 40 Jahre alte Dr. Konstantin von Notz ist seit 2009 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Dort ist er Mitglied des Innenausschusses sowie stellvertretendes Mitglied des Rechtsausschusses und des Unterausschusses Neue Medien. Von der Grünen Bundestagsfraktion wurde er 2010 in die Internet-Enquete entsandt. Ihm ist es ein besonderes Anliegen, Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Bürgerrechte auch in der digitalen Welt zu verteidigen und zu stärken.

Hinweis: Hier die anderen fünf Interviews

- [Lars Klingbeil](#) (SPD)
- [Jimmy Schulz](#) (FDP)
- [Dr. Peter Tauber](#) (CDU)
- [Halina Wawzyniak](#) (DIE LINKE)
- [Jeanette Hofmann](#) (Sachverständige)

Erster Teil: Fragen rund um die Internet-Enquete

Herr von Notz, wie kamen Sie mit dem Thema Netzpolitik in Berührung?

Das ist ein Prozess über die letzten fünf bis sechs Jahre gewesen. Denn immer mehr innenpolitische Fragen, zum Beispiel in punkto Datenschutz und demokratischer Beteiligungsprozesse, tangieren verstärkt den Bereich Internet und Digitalisierung. Ganz intensiv war dies im letzten Bundeswahlkampf, als sehr deutlich wurde, dass moderne Bürgerrechtspolitik eben auch Netzpolitik ist.

Warum bedarf es überhaupt einer Internet-Enquete im Deutschen Bundestag? Was soll diese leisten?

Es gibt für ganz wesentliche Fragen der Netzpolitik noch kein adäquates öffentliches Interesse. Netzneutralität beispielsweise ist eine sehr wichtige und entscheidende Frage mit Blick auf die Entwicklung des Internet in den kommenden Jahren. Wenn wir aber heute in die Fußgängerzone gehen und die Bürger befragen, ob sie für oder gegen Netzneutralität sind, werden vermutlich

90 Prozent der Menschen nicht wissen, welche Netze überhaupt gemeint sind und was diese Frage bedeutet. Die Enquete hat also zwei Dinge zu bewältigen: Sie muss zum einen nach innen das Thema im Bundestag stark machen. Die interessierten Netzpolitiker der Fraktionen erhalten hier einen Raum, diesem Thema die Bedeutung zu geben, die es braucht. Auf der anderen Seite hilft sie über Interviews wie dieses Fragen der Netzpolitik nach außen zu tragen - damit die Bürger bei der nächsten Bundestagswahl wissen, was die entscheidenden Fragestellungen sind und wie sich die jeweiligen Parteien dazu positionieren.

Wie gewichten Sie die Ausrichtung der Internet-Enquete zwischen akuten und drängenden Fragen sowie langfristigen Strategien?

Natürlich gibt es drängende Fragen, wie beim Thema Datenschutz - wobei es dieser Begriff aus meiner Sicht nicht mehr korrekt auf den Punkt bringt: Wir reden heute über die Gewährleistung der Privatsphäre in einer digitalen Welt. Das ist sicherlich ein Thema, für das wir kurzfristig Antworten finden müssen, damit die Politik weiß, wie sie zu handeln hat. Gleichzeitig werden hierfür aber auch längerfristige Überlegungen vonnöten sein, da es sich um sehr tiefgreifende Veränderungen unserer Gesellschaft handelt, die durch die Digitalisierung bedingt sind. Auch das Thema Netzneutralität hat einen kurz- und langfristigen Aspekt: So müssen wir kurzfristig handeln, damit langfristig der Wettbewerb im Netz gesichert ist.

Sie selbst betreuen die Projektgruppe „Demokratie und Staat“. Welche wesentlichen Ziele verfolgt die Gruppe?

Die Projektgruppe hat es sich zum Ziel gesetzt, sowohl eine Übersicht der Möglichkeiten für mehr Transparenz und Partizipation zu erarbeiten als auch bestimmte Definitionsfragen zu beantworten. Denn es gibt derzeit eine ziemliche Kakophonie hinsichtlich der Bedeutung des Begriffs Partizipation und darüber, was Politik in Sachen Teilhabe leisten muss. Wir wollen in der Projektgruppe einen Statusbericht und eine Antwort darauf geben, wie das Internet tatsächlich unsere Demokratie beleben kann. Wobei ich nicht denke, dass das Netz selbst durch bestimmte Abstimmungsmodi die parlamentarische Demokratie abschaffen wird. Trotzdem gibt es die Möglichkeit, über verschiedene Online-Instrumente eine Form von Partizipation und Transparenz herzustellen, die bis dato nicht möglich war. Hier liegen zahlreiche Chancen. Ein konkretes Beispiel ist das Thema Open Data: Es ist zu hinterfragen, inwieweit der Staat die ihm

zugänglichen und durch Steuergelder erhobenen Daten im Netz aufbereiten und zur Verfügung stellen kann, um sein eigenes Handeln transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Wir als Grüne sagen, dass das fünfjährige Bestehen des [Informationsfreiheitsgesetzes](#) der richtige Zeitpunkt und Aufhänger ist, um klar zu machen, dass Verwaltungshandeln nachvollziehbarer gestaltet werden muss. Wir wollen also den Gedanken der Informationsfreiheit mit Open Data verknüpfen.

Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Bürgerbeteiligungstool Adhocracy gesammelt? Bereichert es Ihre Arbeit?

Es gibt viel Aktivität bei der Nutzung der Beteiligungsplattform Adhocracy in der von mir betreuten Projektgruppe Demokratie und Staat. Wir haben allein in unsere Programmerstellung und den jetzt entwickelten Fahrplan über 50 Anregungen aus Adhocracy aufgenommen. Die Nutzung des Tools betrifft genau den Bereich parlamentarische Demokratie und Partizipation. Was das Internet damit verbunden zweifelsohne leisten kann, ist eine stärkere Transparenz und Verständlichmachung von Politik. Und hoffentlich auch einen leichteren Zugang zu bestimmten Themen und Personen. Natürlich muss man für Tools wie Adhocracy auch Zeit und Müße sowie einen gewissen thematischen Sachverstand aufbringen. Es gibt nicht bei jedem Thema Tausende von Leuten, die daran online mitarbeiten wollen. Das muss man respektieren. Unsere parlamentarische Demokratie ist so angelegt, dass man Repräsentanten wählt, die sich um Sachverhalte kümmern, mit denen sich ein Bürger nicht den ganzen Tag beschäftigen will und kann. Das soll die Politik jedoch nicht davon abhalten, Anregungen und Ideen von denjenigen einzuholen, die Fachwissen in bestimmten Bereichen besitzen. Dass aber irgendwann 82 Millionen Deutsche eigene Gesetzesvorlagen mithilfe von Adhocracy zusammenbasteln, wird vermutlich nicht geschehen. Aber es ist richtig, dass die Enquete Adhocracy ausprobiert und zu optimieren versucht. In unserer Projektgruppe machen wir alle Sitzungen öffentlich, damit die Leute verfolgen können, wie die Diskussionen verlaufen. Ich hoffe sehr, dass wir am Ende entsprechende konkrete Ergebnisse vorweisen können.

Die Internet-Enquete hat ihren endgültigen Zwischenbericht erneut verschoben, da es keine Einigung über Handlungsempfehlungen zur Netzneutralität und zum Datenschutz gab. Der Sachverständige Markus Bechedahl [sprach gar von einer „Schmierkomödie“](#). Worin sehen Sie

die Ursachen dafür, dass es zu keiner Einigung kam? Verkommt die Enquete zur Politshow oder wird es doch noch Fortschritte geben?

Ich war über die Verschiebung der Zwischenberichte zu Netzneutralität und Datenschutz auch sehr unzufrieden. Eine Schmierenskomödie war die Sitzung meiner Ansicht nach aber nicht. Man muss anerkennen, dass die Enquete ein Gremium des Parlaments ist und dieselben demokratischen Regeln auch dort gelten. Wenn für bestimmte Anträge eine Mehrheit vorhanden ist, dann ist das zu akzeptieren. Zumal wir teilweise auch sehr gute Beschlüsse gegen die Koalitionsmehrheit im Bereich des Urheberrechts durchbekommen haben. Die Geschäftsordnung für Gremien wie die Internet-Enquete, die sich zur Hälfte aus Sachverständigen zusammensetzt, ist darauf angelegt, dass nicht allein Parteiproporz entscheidet. Man muss in dieser Diskussion aber auch die Neuerung sehen und anerkennen, dass eine solche Enquete überhaupt öffentlich tagt. Längst nicht alle Ausschusssitzungen sind bislang öffentlich. Es ist ein guter erster Schritt, dass man ein Tool wie Adhocracy einführt. Dass der Bundestag und seine Verwaltung entsprechende Ressourcen und Personal zur Verfügung stellen, um dieses Thema so populär zu behandeln, ist ein positives Signal. In der Demokratie geht es immer um das Machbare - und darum muss man stets hart ringen.

Das Gremium hat sich zuletzt nicht mit Ruhm bekleckert - gerade mit Blick auf öffentliche Präsentation und Konsensfindung. Was muss aus Ihrer Sicht geschehen, um angesichts der offenbar unterschätzten Komplexität der Themen zu tragfähigen und konsensfähigen Empfehlungen oder Beschlüssen zu kommen?

Ich würde nicht sagen, dass sich die Enquete nicht mit Ruhm bekleckert hat. Es gibt eben widerstreitende Interessen und unterschiedliche Ansichten. Wir versuchen demokratisch miteinander über Entscheidungen zu ringen. Demokratie ist ein zähes Geschäft, in dem man um die Mehrheiten kämpfen muss. Und natürlich geht es auch in der Netzpolitik um ganz zentrale Fragen von politischem Gewicht. Deshalb gibt es diese Enquete ja auch. Vor allem ist es doch wichtig zu demonstrieren, wie wir zu unseren Beschlüssen und Handlungsempfehlungen kommen. In den Diskussionen wird deutlich, bei welchen Themen es unterschiedliche Meinungen und damit auch Wahlmöglichkeiten für den Bürger gibt. Immerhin hat es die Internet-Enquete durch die Querelen der letzten Sitzung auf die Seite 1 der FAZ geschafft. Damit ist eine öffentliche

Wahrnehmbarkeit für Themen wie Netzneutralität gegeben. Politischer Streit hat nicht nur schlechte Seiten – es ist eben auch ein offener Streit und zeugt von Demokratie.

Welche Probleme können von der Enquete tatsächlich gelöst werden?

Sie kann prinzipiell die Verankerung und Sichtbarmachung der Netzpolitik bewirken. Tatsächliche Veränderungen kann jedoch nur der Gesetzgeber auf den Weg bringen. Insofern leistet die Enquete eine wichtige Vorarbeit zu dem, was hinterher politisch beschlossen wird. Die Handlungsempfehlungen richten sich an den Gesetzgeber, der abhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament sehen muss, was er davon umsetzen kann und will. Zudem kann der Wähler erkennen, wie sich die jeweilige Partei netzpolitisch positioniert.

Zweiter Teil: Allgemeine netzpolitische Fragen

Was sind die Kernziele der Grünen im Bereich Netzpolitik?

Wir denken, dass Internet und Digitalisierung einen sehr starken Einfluss auf die Gesellschaft haben und dieser in den nächsten Jahren noch größer wird. Moderner Bürgerrechts- und Grundrechtsschutz ist für uns vor allen Dingen auch eine Frage von guter Netzpolitik. Durch repressive Maßnahmen entstehen umgekehrt ganz neue Gefahren für unsere Grundrechte. Letztlich kann man heute nicht mehr zwischen Offline- und Online-Welt unterscheiden. Beides ist miteinander verwoben – es ist ein einziger Lebensraum. Pathetisch gesagt ist das Netz eine zusätzliche Dimension unseres Lebens, in der der Grundrechtsschutz eins zu eins gelten muss. Es geht aber auch darum, den neuen Möglichkeiten von Transparenz und Kommunikation und ebenso den wirtschaftlichen und beruflichen Chancen, die das Netz bietet, Geltung zu geben.

Bei welchen netzpolitischen Themen sind Sie besonders engagiert?

Das für mich persönlich wichtigste Thema ist der Schutz der Grund- und Freiheitsrechte – das ist ja auch der Bereich, aus dem ich politisch komme. Dieser Bereich ist netzpolitisch gesehen aktuell vor allem beim Datenschutz sowie der Diskussion um Netzsperrungen und Vorratsdatenspeicherung relevant. Ganz wesentlich finde ich, dass mithilfe des Internet keine Überwachungsmechanismen

und Freiheitseinschränkungen entwickelt werden, die im Offline-Leben überhaupt nicht akzeptiert wären. Da stehen uns noch viele Auseinandersetzungen bevor. Ganz entscheidend ist auch die Frage der Netzneutralität: Damit das Internet ein Motor für Innovation und Fortentwicklung bleiben kann, es also auch weiterhin Wettbewerb gibt, muss die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden. Denn hier besteht die Tendenz zu Oligopolen und monopolistischen Strukturen.

Wie frei kann das Netz sein? Wo sollte der Staat regulierend eingreifen?

Ganz heraushalten kann sich der Staat natürlich nicht. Ein von mir unterstützter regulativer Eingriff wäre beispielsweise die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität. Aber auch im Bereich des Datenschutzes ist für mich der Staat gefragt. Wenn es problematische Grundeinstellungen in sozialen Netzwerken gibt, dann reicht es eben nicht aus, dass die Verbraucherschutzministerin publikumswirksam ihr Facebook-Profil löscht. Der Gesetzgeber muss bestimmte Grundstandards setzen, an die sich Anbieter im Netz zu halten haben. Auch in anderen politischen Bereichen gibt es Regeln und wettbewerbsrechtliche Einschränkungen, wie beim Einsatz von bestimmter Sicherheitstechnik, die vielleicht für die Hersteller zunächst als Eingriffe in ihre wirtschaftliche Selbstbestimmung angesehen werden, die aber dennoch zwingend einzuhalten sind, da sie sinnvoll für die Allgemeinheit sind.

Welche Projekte verfolgen Sie im Netz?

Netzpolitik ist für uns Grüne kein Thema allein für die Bundespolitik. Es kommt uns vor allem auf eine gute Vernetzung nach Europa an, da viele Dinge auch in Brüssel mitentschieden werden. Aber auch in den einzelnen Staaten muss man Netzpolitik denken und an einer breiten Gesamtstrategie arbeiten. Das machen wir. Ich arbeite sehr intensiv mit Jan Philipp Albrecht aus dem Europaparlament zusammen. Auf unserer Internet-Plattform <http://gruen-digital.de> bringen wir diese Form der Vernetzung zum Ausdruck. Hier veröffentlichen unsere Netzpolitiker wie Malte Spitz und Tabea Rösner auch eigene Beiträge und zeigen auf, was in ihren Verantwortungsbereichen passiert. Und auch Landespolitiker der Grünen beteiligen sich. In der Vergangenheit haben wir online zudem eine Beteiligung an Gesetzentwürfen ermöglicht - wie im Falle des Beschäftigtendatenschutzes. Wir hatten tolle Vorschläge von Bürgern, wie wir unseren Gesetzesentwurf besser machen können und haben zahlreiche Anregungen übernommen (Stichwort: Crowdsourcing). Wir planen, diese Art der

Bürgerbeteiligung institutionalisiert auf der Webseite der grünen Bundestagsfraktion zu realisieren und glauben, dass das für unsere Arbeit sehr wertvoll ist.

Die Energieerzeugung für den Betrieb von Datentechnik - Stichwort: Klimakiller Internet - ist überwiegend von konventioneller Natur und verursacht eine große Umweltbelastung. Wie steht es mit dem Umweltschutz im Netz, der Green-IT?

Der Energieverbrauch durch das Netz ist ganz erheblich. Wir wollen einen Umstieg auf erneuerbare Energien auch in diesem Bereich. Aber natürlich bedarf es dazu der Techniken und des Bewusstseins in punkto Energieeffizienz und -einsparung. Gerade im mobilen Internet-Bereich gibt es einen enormen Druck, energiesparender zu werden, um eine höhere Mobilität und Kosteneffizienz zu erreichen. Die Forschungen hierzu gehen schon in die richtige Richtung. Alle Möglichkeiten des Recyclens und der Energieeffizienz sind bisher mitnichten ausgeschöpft. Hier ist ein stärkeres Engagement der Politik gefragt. Eine Lösung kann es beispielsweise im Umgang mit Elektroschrott nicht sein, diesen einfach in die Dritte Welt zu verschiffen und dort unter arbeitsunwürdigen Bedingungen auseinanderschrauben zu lassen. Im Grunde müsste hier ein Markt entstehen, mit dem auch vernünftig Geld verdient werden kann.

Das Internet birgt viele Potenziale: So können beispielsweise Menschen mit körperlichen Behinderungen stärker am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Andererseits droht wegen der digitalen Teilung eine Verzerrung des politischen Diskurses, da sich vor allem junge und gebildete Menschen politisch informieren und engagieren, damit aber auch ihre Interessen überproportional stark vertreten können. Wie wollen Sie das Dilemma auflösen, einerseits nicht auf die Vorteile des Internet im Sinne der emanzipatorischen Teilhabe zu verzichten, auf der anderen Seite nicht die Kluft zu verschärfen?

Auf der einen Seite gibt es dank des Internet die Möglichkeit, besser zu partizipieren. Andererseits existiert aber jene angesprochene digitale Spaltung, die auch eine soziale und wirtschaftliche Frage beinhaltet. Hier fällt der Bildung eine sehr starke Rolle zu. Mir ist es nicht begreiflich, wie ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2011 nicht an jeder Schule und für jedes Kind einen Computer mit Internetanschluss bereitstellt. Wenn wir uns anschauen,

wohin sich unsere Gesellschaft in den nächsten 20 Jahren entwickelt, ist das eine sträfliche Vernachlässigung der Ausbildung und Förderung von jungen Menschen. Dadurch vertieft man die Gräben. Der Staat sollte sich hier seiner fördernden Verpflichtungen bewusst sein. Gerade im Bereich des E-Learning liegen große Chancen.

Gibt es mehr Schnittmengen zwischen den Netzpolitikern der jeweiligen Fraktionen als zwischen den Netzpolitikern und ihrer jeweils eigenen Fraktion? Oder andersherum?

Es gibt mittlerweile eine fraktionsübergreifende Einigkeit darüber, dass die Netzpolitik ein wichtiges Zukunftsthema ist. Im Hinblick auf den Stellenwert der Netzpolitik in den einzelnen Fraktionen würde ich das aber sehr differenziert sehen. Ich kann nur für meine Fraktion sprechen, wenn ich sage, dass das Thema Netzpolitik innerhalb der grünen Bundestagsfraktion als sehr bedeutend angesehen und allgemein anerkannt wird. Hierbei sei auf den [netzpolitischen Kongress](#) mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hingewiesen, den wir im November des letzten Jahres veranstaltet haben. Wir werden auch auf dem kommenden Bundesparteitag in Kiel einen Programmteil haben, der sich ausschließlich mit Netzpolitik beschäftigen wird. Und natürlich gibt es zahlreiche Schnittmengen innerhalb der Fraktionen in Bereichen der Netzpolitik. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Wir haben gerade mit den Sozialpolitikern unserer Fraktion ein gemeinsames Papier zum Verhältnis von Menschen mit Behinderungen mit dem Netz erstellt und uns gefragt: Wo sind Vor- und Nachteile? Wie können wir barrierefrei im Netz arbeiten? Oder im Bereich der Entwicklungspolitik: Wie können wir in Ländern der Dritten Welt bestimmte Entwicklungen, wie einen freien Zugang zu Medien, stärken? Oder: Welche Auswirkungen hat das ACTA-Abkommen auf die Versorgung von Ländern mit billigen Medikamenten, so genannten Generika? So gibt es im Grunde zu allen Politikbereichen Schnittmengen, weil Netzpolitik das große Querschnittsthema unserer Zeit ist. Ich bin überzeugt, dass sowohl bei den Grünen als auch den anderen Fraktionen die Bedeutung des Themas Netzpolitik für die kommenden zehn Jahre stark steigen wird.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 12.7.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

Internet-Enquete: Unendliche Geschichte?

Die Internet-Enquete hat an diesem Montag einmal mehr ihren endgültigen Zwischenbericht verschoben - auf den Herbst. Zwar konnten sich die Enquete-Mitglieder auf eine gemeinsame Haltung zu [Handlungsempfehlungen beim Urheberrecht](#) verständigen. Jedoch gibt es weiterhin keine Einigung bei den Themen Netzneutralität und Datenschutz. Dazu ein kurzer Statusbericht von mir plus aktuelle Presseschau rund um die Internet-Enquete.

Auf Antrag und mit Mehrheit der dem Lager der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP zugehörigen Enquete-Mitglieder wurden die weiteren Beratungen der Internet-Enquete auf September vertagt. Der Sachverständige Markus Bechedahl von netzpolitik.org sprach wortwörtlich von einer „[Schmierkomödie](#)“. Dazu Enquete-Mitglied Lars Klingbeil (SPD) mir gegenüber: „Es ist enttäuschend, wie hier von der Regierungsseite mit Mehrheiten Abstimmungen zu Datenschutz und zur gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität verhindert werden. Die SPD war bereit, die Debatte zu führen. Unsere Positionen etwa zu einer gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität oder zu einem besseren Arbeitnehmerdatenschutz sind klar. Die Koalition stellt durch Taktiererei den Erfolg der Enquete in Frage.“ Auch in Medien und Öffentlichkeit hagelte es Kritik: Von einer [tiefen Spaltung und parteitaktischen Querelen](#) spricht sueddeutsche.de, vom [Streit zwischen Netzpolitikern und Experten](#) das Online-Magazin Der Westen.

Dennoch: Dass solche offenen Abstimmungen und die Berufung von Sachverständigen als vollwertige Mitglieder dazu beitragen sollen, dass sich Kommissionen wie die Internet-Enquete keinen Regierungs-, Koalitions- bzw. Partei-Mechanismen zu unterwerfen haben, schien sich in Teilen zu bewahrheiten. So fanden einige Anträge der Oppositions-Fraktionen heute auch dank einiger von CDU/CSU und FDP entsandter Sachverständiger wie dem Netzaktivisten padeluun eine Mehrheit. „Beim Urheberrecht sind an einigen

Stellen gute Entscheidungen getroffen worden. Zum Beispiel wurde der Begriff der Umsonst- bzw. Kostenloskultur aus dem Papier genommen. Aber auch Creative Commons wurden noch mal ausdrücklich als wünschenswert und als Ziel festgeschrieben. Und wir haben auch hinsichtlich der Überlegungen einer Pauschalvergütung (Stichwort: [Kulturflatrate](#)) Fortschritte erzielt“, so Enquete-Mitglied Konstantin von Notz (Grüne) im Gespräch mit mir.

Eine gute Übersicht aller Einigungen zum Thema Urheberrecht finden sich bei [Spiegel Online](#). Aufhorchen im positiven Sinne lässt auch die beschlossene Handlungsempfehlung der Internet-Enquete, sich gegen eine „Three-Strikes“-Gesetzgebung auszusprechen, wie sie in Frankreich bereits umgesetzt ist. Dort kann jemand, der dreimal die Urheberrechte von Dritten im Netz verletzt, zumindest temporär seinen Internet-Zugang verlieren. Das Enquete-Mitglied Manuel Höferlin (FDP) sieht die Probleme bei der Arbeit in der Internet-Enquete weniger in parteipolitischen Taktieren und bei inhaltlichen Fragen, sondern vielmehr im formalen Bereich. „Wir haben alle nicht erwartet, dass es so kompliziert wird. Die Art und Weise, wie wir hier zusammenarbeiten, muss noch gelernt werden“, sagt Höferlin.

Dazu gehöre auch, bestimmte Sondervoten und Abstimmungspunkte nicht als „pure Parteiposition“ einzubringen, wie die SPD dies kurzfristig für das Thema Urheberrecht getan habe. In einer Enquete-Kommission gehe es darum, Parteilinien aufzubrechen und mithilfe der Sachverständigen konstruktiv zusammenzuarbeiten. Daher habe er auch für eine Verschiebung der weiteren Abstimmprozedur votiert: „Man muss grundsätzlich klären: Was will diese Enquete sein? Im besten Falle ein Gremium, in dem – meinetwegen auch schwierig durchgerungen – ein Konsens gefunden wurde“, meint Höferlin. Insgesamt seien die Ergebnisse nicht zufriedenstellend, aber „unsere Handlungsempfehlungen zeigen, dass sich der Deutsche Bundestag intensiv und ernsthaft mit dem komplexen Thema Netzpolitik auseinandersetzt.“

Mit Ruhm hat sich die Internet-Enquete bis dato gewiss nicht bekleckert – gerade in punkto öffentlicher Präsentation und Konsensfindung. Dennoch gibt es kleinere Fortschritte wie beim Thema Copyright und [Medienkompetenz](#), die auf mehr hoffen lassen. Dazu müssen sich alle Beteiligten jedoch disziplinierter verhalten und die Abstimmungs- und Arbeitsprozesse sichtbar optimiert werden. Am 11. Juli führe ich ein Gespräch mit dem Enquete-Mitglied Konstantin von Notz (Grüne) zum Thema.

Ein paar ausgewählte Artikel zum Thema:

Enquete-Mitglieder

- [Demokratie live: Schmierenskomödie in der Enquete](#) (Markus Beckedahl)
- [Der Ruf der Enquete-Kommission](#) (Sebastian Blumenthal)
- [Im siebenten Kreis der Demokratie](#) (Constanze Kurz)
- [Vom Konsens, taktischen Spielchen und falschen Annahmen](#) (Peter Tauber)

Presse

- [Feigenblatt der Internet-Ausdrucker](#) (taz.de)
- [Internet-Kommission vertagt wichtige Entscheidungen](#) (Spiegel Online)
- [„Lobbyverbände finden mehr Gehör“](#) (Interview mit Markus Beckedahl)
- [Netz-Elite probt den Aufstand gegen die Politik](#) (Welt Online)
- [Politik-Geschacher entzweit Internet-Regierungsberater](#) (sueddeutsche.de)
- [Regierungskoalition verhindert Netzneutralität](#) (Zeit Online)
- [Schwarz-Gelb mauschelt](#) (ntv.de)
- [Streit zwischen Netzpolitikern und Experten](#) (Der Westen)
- [Unterirdisches Demokratieverständnis der Koalition](#) (Blog - Digitale Linke)
- [Über die Lächerlichkeit der Internet-Enquete-Kommission](#) (danisch.de)
- [Wie die Koalition die EIDG demontiert](#) (Blog von Peter Piksa)

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 4.7.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

„Netzneutralität muss gesetzlich verankert werden!“

Die Internet-Enquete des Deutschen Bundestages will am 4. Juli ihren [endgültigen Zwischenbericht beschließen](#). Ich traf heute den SPD-

Bundestagsabgeordneten und Enquete-Mitglied Lars Klingbeil und unterhielt mich mit ihm über Netzpolitik im Allgemeinen und die Internet-Enquete im Speziellen. Aus seiner Sicht muss Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden. Lars Klingbeil ist 33 Jahre alt und sitzt seit 2009 im Deutschen Bundestag. Dort ist er Mitglied im Verteidigungsausschuss sowie im Unterausschuss Neue Medien und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien. Darüber hinaus ist er als Obmann seiner Partei in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft vertreten. Gemeinsam mit Anderen will er auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember Grundwerte der SPD für das Internet definieren. Ich traf ihn im Abgeordneten-Restaurant des Deutschen Bundestag zu einem netzpolitischen Gespräch.

Hinweis: Hier die anderen fünf Interviews

- [Dr. Konstantin von Notz](#) (Grüne)
- [Jimmy Schulz](#) (FDP)
- [Dr. Peter Tauber](#) (CDU)
- [Halina Wawzyniak](#) (DIE LINKE)
- [Jeanette Hofmann](#) (Sachverständige)

Erster Teil: Fragen rund um die Internet-Enquete

Herr Klingbeil, wie kamen Sie zum Thema Netzpolitik?

Ich bin ein junger Mensch, der ganz normal aufgewachsen ist. Es fing an mit Commodore 64 und Atari 500, später kamen Facebook, Twitter und MeinVZ hinzu. Politisch wurde es mit der Netzsperrdebatte, die in der SPD ja sehr kontrovers geführt wurde. Sie hat mich noch näher zur Netzpolitik gebracht. Und so fiel im Wahlkampf schon die Entscheidung, dass ich mich auch im Bundestag für das Thema einsetzen will.

Worin sehen Sie die Bedeutung der Internet-Enquete?

Die Internet-Enquete ist auf der einen Seite der Nachweis dafür, dass das Thema Netzpolitik im Deutschen Bundestag angekommen ist. Ihre wichtigste Aufgabe ist es jetzt aber nicht nur, einen guten Zwischen- bzw. Abschlussbericht vorzulegen, sondern es geht auch darum, dass wir das Thema Netzpolitik im Parlament

verankern müssen. Und da reicht es nicht, wenn die 17 Abgeordneten der Internet-Enquete das Thema für sich erkennen, sondern wir alle müssen in unsere Fraktionen hineinwirken, aber auch in die Gesellschaft, und deutlich machen, dass das Thema politisch behandelt werden muss.

Wie beurteilen Sie die Arbeit der Kommission?

Die tägliche Arbeit besteht für mich als Obmann schon sehr viel aus Koordinierungsfragen. In der letzten Sitzung der Internet-Enquete zum Zwischenbericht am Montag gab es an einigen Stellen wirklich gute Debatten und inhaltliche Positionen. Was für diejenigen, die es wahrnehmen wollten, auch gut war. Ich habe auch sehr viel positives Feedback erhalten. Natürlich behandeln wir gerade ein Politikfeld, in dem es in vielen Bereichen bisher noch keine Positionierung in der Deutlichkeit gegeben hat. Wir erarbeiten wirklich etwas Neues, und das ist das Spannende an der Enquete.

Welche Rolle spielt das Bürgerbeteiligungstool Adhocracy für die Arbeit der Enquete?

Es hat sehr lange gedauert, bis wir "Adhocracy" durchgekämpft hatten, auch gegen die Bundestagsverwaltung. Deshalb bin ich sehr froh, dass es jetzt läuft. Das ist der richtige Weg. Wenn ich jetzt die Diskussionen sehe darüber, ob die Zahl derjenigen, die sich beteiligen, ein Erfolg ist oder eine Enttäuschung, sage ich: Liebe Leute, wartet bitte erst mal ab. Es läuft gerade an. Das Wichtige ist doch für diejenigen, die sich beteiligen, dass sie ernst genommen werden. Und in dem Moment, in dem man merkt, man wird ernst genommen, wird die Beteiligung auch steigen. Dass es so etwas wie Adhocracy gibt und damit die Öffnung und Transparenz in unserer Arbeit, das ist ja auch ein Erfolg der Netzaktivisten. Dass hier neue Formen der politischen Beteiligung und Kommunikation Einzug halten im Bundestag, ist eine Veränderung, die man nicht unterschätzen sollte. Ich habe natürlich die Hoffnung, dass wir im netzpolitischen Bereich zeigen können, dass es funktioniert und dass sich dies auch auf andere politische Bereiche auswirkt.

Bei welchen Themen in der Internet-Enquete gibt es besondere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen? Wo gibt es Schnittmengen?

Es gibt eine große Schnittmenge im Bereich Medienkompetenz. Wir alle wissen, dass wir da mehr machen müssen. Wir haben uns ja in der Enquete darauf

geeignet, für jeden Schüler einen eigenen Laptop zu fordern, mit dem er sowohl in der Schule als auch privat arbeiten und lernen kann. Das muss natürlich auch bedeuten, dass Schulbücher digitalisiert werden, und dafür muss man jetzt Konzepte finden. Die größten Unterschiede gibt es momentan in der Frage der gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität. In der Enquete fordern wir als SPD gemeinsam mit anderen Parteien: Wir brauchen die gesetzliche Verankerung, um die Freiheit des Internet und seine Innovationskraft zu schützen.

Ihre Fraktion unterstützt ein Sondervotum zur gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität. Was ist der Inhalt des Antrags? Worum geht es dabei?

Es geht um folgende Frage: Wollen wir zulassen, dass sich Geschäftsmodelle entwickeln, die andere diskriminieren? Alle Fraktionen sind sich einig, dass wir das nicht wollen. Wir in der SPD-Fraktion halten es aber darüber hinaus für sinnvoll und sehen die Aufgabe einer Enquete darin, vorausschauend Politik zu machen. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Verankerung und reagieren nicht erst in dem Moment, in dem es solche Diskriminierung, auch von Inhalteanbietern, gibt. Wir wollen also den Staat in die Verantwortung nehmen. Das ist der Unterschied zur Regierung, die das dem freien Markt überlassen will.

Die SPD-Fraktion Ihres Heimatlandes Niedersachsen hat einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht, nach dem die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden soll. Unterstützen Sie diesen?

Den Antrag finde ich sehr gut. Er verstärkt unsere Position auf Bundesebene und er fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat Druck zu machen. Besonders begrüße ich die Position, dass man in Niedersachsen die gesetzliche Netzneutralität mit der Aufforderung zum Breitbandausbau verknüpft. Denn es gibt in Deutschland immer noch Regionen, in denen sich die Frage der Netzneutralität gar nicht stellt, weil dort, zugespitzt gesagt, das Netz gar nicht ausreichend vorhanden ist.

Die Beschlüsse und Handlungsempfehlungen der Kommission sind nicht für den Bundestag bindend. Gibt es schon konkrete Ergebnisse, die eine Chance haben, in die Realpolitik

einzufließen oder gar schon dort angekommen sind?

Grundsätzlich sehe ich die Arbeit der Internet-Enquete darin, den Boden dafür zu bereiten, dass das Thema Netzpolitik im Bundestag eine größere Verankerung findet. Das ist der Auftrag der Enquete, auch wenn er nirgendwo niedergeschrieben ist, und darin sind sich wohl alle einig. Dann gibt es Themen wie Netzneutralität, die nicht nur in der Enquete beraten werden, sondern parallel auch im parlamentarischen Beratungsprozess. Auch in der parlamentarischen Argumentation wird man immer darauf verweisen können, was die Enquete beschlossen hat. Wir werden in der Enquete am Ende Handlungsempfehlungen geben, die in den parlamentarischen Prozess gehen werden. Gerade beim Thema Netzpolitik, das sich mit einer Riesengeschwindigkeit entwickelt, gibt es ja heute schon an verschiedenen Stellen Handlungsbedarf. Insofern bestimmen die Debatte, das Entstehen von Positionen in der Enquete, schon jetzt den parlamentarischen Alltag in einigen Bereichen.

Welche Probleme können von der Enquete realistisch gesehen gelöst werden? Und bei welchen Themen bedarf es eher einer internationalen Zusammenarbeit?

Wir brauchen für jedes Thema auch eine nationale Debatte und Strategie, ob das Datenschutz, Urheberrecht oder die Bekämpfung der Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet ist. Aber wir sehen natürlich, dass nationale Lösungsansätze ihre Grenzen haben. Ich nehme nur mal das Beispiel des Löschens von Seiten, auf denen sich kinderpornographisches Material befindet. Dafür brauchen wir eine internationale Strategie. Trotzdem ist es richtig, die Debatte national zu führen. Aber als Netzpolitiker der SPD sagen wir auch, dass die Themen der Netzpolitik auf internationale Gipfel gehören. Es dürfen keine Randthemen sein. Auf dem eG8-Gipfel im Mai in Paris war die Zivilgesellschaft gar nicht eingebunden. Netzpolitik darf aber nicht allein ein Thema der Staats- und Regierungschefs sein.

Zweiter Teil: Allgemeine netzpolitische

Fragen

Wechseln wir zur Netzpolitik im Allgemeinen. Skizzieren Sie bitte die wichtigsten netzpolitischen Ziele der SPD.

Die gibt es bisher nicht so klar niedergeschrieben. Zum Bundesparteitag im Dezember werde ich gemeinsam mit Björn Böhning und dem Gesprächskreis Netzpolitik einen großen Aufschlag machen, mit dem wir versuchen wollen, unsere Grundwerte für das Internet zu definieren. Die Bedeutung der Netzpolitik für die SPD würde ich an drei Themen festmachen: Das eine ist die arbeitsmarktpolitische Dimension. Wir stellen immer mehr fest, dass es durch die Digitalisierung eine ganze Reihe von Veränderungen in der Arbeitswelt gibt. Arbeit kann heute in vielen Bereichen unabhängig von Raum und Zeit stattfinden. Für diese neuen Beschäftigungsformen stellen sich unserer Meinung nach andere Anforderungen an Sozialstaatlichkeit, an sozialstaatliche Absicherung. Das ist eines der Kernthemen, das die SPD behandeln wird. Das zweite sind die großen Veränderungen in der Wirtschaft durch die Digitalisierung. Ich sehe da keinen Widerspruch zwischen der Dienstleistungsgesellschaft auf der einen und der Industriearbeit auf der anderen Seite. Im Gegenteil, ich sehe die Verquickung von beiden als große Chance. Auch hier muss die SPD sich fragen: Was kann politische Rahmensetzung sein, um auch in Zukunft noch genügend Arbeitskräfte zu finden? Und der dritte Bereich sind die Veränderungen für die Demokratie: Was heißt Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“ im Zeitalter des Web 2.0? Ich bin davon überzeugt, dass wir Partizipation und Transparenz stärken und so mehr Menschen in politische Willensbildungsprozesse einbinden können. Und da müssen wir uns sowohl als Partei als auch als Parlament fragen: Wie können wir uns weiter öffnen?

Welche netzpolitischen Themen liegen Ihnen persönlich am Herzen?

Das sind die drei Bereiche, die ich genannt habe: Arbeit, Wirtschaft und Demokratie. An diesen drei Themen wird deutlich, dass Netzpolitik mehr ist als eine reine Fixierung auf technische Fragestellungen, sondern es geht hier wirklich um Gesellschaftspolitik. Wir befinden uns gerade in einer Umbruchphase: Meine Generation ist vielleicht im Grenzbereich, aber die Generation nach mir wächst völlig selbstverständlich im Netz auf. Dennoch

entscheidet heute noch eine Generation, die nicht im Netz sozialisiert wurde. Die muss überzeugt werden, da muss man auch manche Konfrontation aushalten. In zehn Jahren werden wir im Parlament ganz selbstverständlich über Netzpolitik reden. Und ich bin dankbar, dass ich zu denen gehöre, die das Thema erstmalig vorantreiben dürfen.

Wie frei kann das Netz sein? Wo sollte der Staat regulierend eingreifen?

Der Staat muss dort eingreifen, wo Dinge passieren, die auch in der Offline-Welt verboten sind – aber das funktioniert natürlich nicht eins zu eins.

Kinderpornographie ist verboten und daher haben wir immer gesagt: Sperren hilft nicht, das wirkliche Problem anzugehen. Deswegen können nur Löschen und eine effiziente Strafverfolgung die Antwort sein. Man versucht, sehr viele Dinge mit Offline-Mechanismen zu regeln und sehr schnell nach staatlicher Regulierung zu schreien. Bei einem Thema wie Netzneutralität bin ich aber sehr wohl dafür, dass der Staat aktiv werden muss. Ansonsten glaube ich aber auch, dass man stark auf Selbstregulierung setzen muss. Ich bin eher zurückhaltend bei der Frage, wie stark der Staat ins Internet eingreifen muss. Weil die Erfolgsgeschichte des Internet vor allem damit zu tun hat, dass es viele Freiheiten gab.

Wie positionieren Sie sich beim Thema Vorratsdatenspeicherung?

Es ist eine Debatte, die wir auch innerhalb der SPD führen. Das, was die Große Koalition damals vorangetrieben hat, war falsch. Ich halte nichts von einer Vorratsdatenspeicherung für sechs Monate. Ich würde mir wünschen, dass wir innerhalb der SPD – und wir haben in der Bundestagsfraktion damit angefangen – zu einer Diskussion kommen, an welchen Stellen es sinnvoll ist, zum Beispiel auch IP-Adressen zu überprüfen. Das ist in anderen Bereichen ja auch der Fall: Alvar Freude vom Arbeitskreis Zensur, der als Sachverständiger in der Internet-Enquete mitwirkt, nennt immer den Vergleich mit dem Nummernschild im Straßenverkehr. Solange man nur das Nummernschild hat, weiß man ja nicht gleich, wer da im Auto sitzt. Insofern dränge ich innerhalb der SPD-Fraktion darauf, dass wir zu einer Regelung kommen, die erstens von diesen sechs Monaten weggeht und zweitens hinführt zu weniger Datenspeicherung. Die auch festschreibt, dass wir wesentlich höhere Hürden brauchen. Für mich darf Vorratsdatenspeicherung, wenn sie denn kommt, nur für schwerste Straftaten gelten. Ich plädiere auch dringend dafür, dass wir Berufsgeheimnisträger davon

ausschließen. Es wird Fälle geben, für die man eine Speicherung braucht. Aber ich bin auch für Argumente offen, die mich dazu bringen, dass wir selbst von diesem Standpunkt wegkommen. Ich würde mir wünschen, dass die schwarz-gelbe Regierung endlich sagt, was sie will, weil wir aktuell in einer Situation sind, in der auch die EU eine Regelung in Deutschland einfordert. Und man muss sich deshalb auch in Europa dafür einsetzen, dass wir von dieser unsinnigen sechsmonatigen Lösung wegkommen.

Was halten Sie von dem Vorschlag der Bundesjustizministerin, ein „Quick Freeze“-Verfahren zum Einsatz zu bringen, wonach Verkehrsdaten nur noch 7 Tage gespeichert werden?

Der Vorschlag hat einen gewissen Charme. Aber ich frage mich, wie das technisch funktionieren soll. Wenn eine Straftat im Internet begangen wird, kann ja erst ab diesem Moment für sieben Tage gespeichert werden. Dann ist die Tat aber schon geschehen. Das würde doch bedeuten, dass man bei Quick Freeze schon vorher damit anfangen müsste, zu speichern. Diese Diskussion müssen wir mit der Ministerin noch einmal führen und sie fragen, wie sie sich das konkret vorstellt.

Denken Sie, dass es mehr Schnittmengen zwischen den Netzpolitikern der jeweiligen Fraktionen als zwischen den Netzpolitikern und ihrer jeweils eigenen Fraktion gibt? Oder andersherum?

Wir sitzen als Netzpolitiker des Parlaments allesamt im selben Boot und kämpfen für die Anerkennung von netzpolitischen Themen. Ich glaube auch, dass wir als Netzpolitiker einen anderen Politikstil haben, der nicht konfrontativ ist, sondern um die Themen bemüht.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 30.6.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

Politnetz.ch: „Demokratie im Web“

Die Online-Plattform politnetz.ch will Politik und Bürger in der Schweiz zusammenbringen. Selbst erklärtes Ziel ist es, demokratische Prozesse und die politische Beteiligung zu fördern. Ich sprach mit dem Politnetz-Team.

Auf dem Schweizer [Beteiligungsportal politnetz.ch](https://www.politnetz.ch) können sich Bürger und Politiker miteinander vernetzen. In erster Linie soll es ihnen ermöglicht werden, Empfehlungen zu Abstimmungsvorlagen unterschiedlichster politischer Themen abzugeben und zu diskutieren. Denn im Gegensatz zu Deutschland stimmen die Schweizer Bürger im Rhythmus von drei Monaten über sogenannte Sachvorlagen ab (z. B. EU-Beitritt, Minarett-Initiative etc.). Sachvorlagen sind eingereichte Volksinitiativen (Initiativen, bei denen 100.000 Unterschriften von Stimmbürgern erforderlich sind) oder Referenden gegen politische Geschäfte, die vom Parlament angenommen worden sind und wegen einer Unterschriftensammlung einer Partei oder eines Komitees (50.000 Unterschriften sind erforderlich) dem Volk - quasi als Veto- zur Abstimmung vorgelegt werden.

Dazu Adrienne Fichter vom Politnetz-Team: „Gerade wegen der hohen Abstimmungsfrequenz und weil viele Abstimmungskämpfe in den traditionellen Medien durch hohe Budgets und finanzkräftige Interessengruppen ausgefochten werden, möchten wir mit politnetz.ch eine fairere und transparente Auseinandersetzung einer Sachvorlage im Internet erwirken. Nicht das Budget eines Komitees, sondern das bessere Argument ist unserer Meinung nach relevant.“ Mittels politnetz.ch erhalten die Schweizer Bürger also einen guten Überblick über die politischen Positionen seitens Politikern und Parteien zu solchen Sachvorlagen. Letztere wiederum haben die Möglichkeit, das Wahlvolk von ihren Standpunkten zu überzeugen. [Das Team von Politnetz](#) stand mir bereitwillig und gemeinsam Rede und Antwort zu meinen Fragen rund um die Online-Plattform:

Seit wann gibt es politnetz.ch?

Wir sind seit 2009 online. Nach verschiedenen Überlegungen darüber, wo die dringlichsten Lücken im Bereich „Demokratie im Web“ bestehen, haben wir uns entschieden, mit einem Online-Debattier-Tool zu starten. Auf dieser Basis haben

wir die Plattform seither kontinuierlich weiterentwickelt.

Wer hatte die Idee zur Gründung von politnetz.ch?

Wir sind zu dritt: Lukas Peyer, Gabriel Hase und Andreas Amsler. Zudem haben alle, die bei Politnetz mitarbeiten oder einmal mitgearbeitet haben, die Idee mit uns zusammen weiterentwickelt.

Welche konkreten Ziele werden mit der Plattform verfolgt? An wen richtet sich diese?

Wir wollen die Kommunikation, Interaktion und Kooperation zwischen BürgerInnen, PolitikerInnen, Parteien, Behörden, Interessengruppen und MedienvertreterInnen fördern. Allen diesen Akteuren und Zielgruppen soll es möglich sein, sich online am politischen Prozess zu beteiligen und damit ihrer Verantwortung für unser Zusammenleben nachzukommen. Natürlich wollen wir insbesondere auch jüngere Generationen an die demokratischen Prozesse heranführen. Wir sind überzeugt, dass das Verständnis für das Potenzial Neuer Medien allen genannten Akteuren so früh wie möglich vermittelt werden muss. So steigt die Chance, dass nicht-organisierte genauso wie organisierte zivilgesellschaftliche Akteure die grundsätzlich gleichen Möglichkeiten wie die Akteure des politisch-administrativen Systems haben, für ihre Ideen, Meinungen und Standpunkte Öffentlichkeit herzustellen und politischen Einfluss zu gewinnen. Zugang zur Öffentlichkeit zu haben, ist unserer Meinung nach ein Recht, das an die rechtsstaatliche Meinungsäußerungsfreiheit anschließt.

Agieren Sie frei und unabhängig von Parteien und politischer Anbindung? Von wem wird die Plattform betrieben und finanziert?

Ja, und zwar aus Überzeugung. Alles andere würde die Idee und die Ziele der Plattform pervertieren. Wir haben ein duales Modell gewählt. Die Verantwortung für den Betrieb wie auch für die Daten liegen beim Verein Politnetz. Zwischen Verein und Aktiengesellschaft (AG) besteht ein Kooperationsvertrag, der festhält, dass der Verein der AG exklusiv anonymisierte und aggregierte Daten für Content-Partnerschaften und Daten-Visualisierungen zur Verfügung stellt. Im Gegenzug übernimmt die AG die Entwicklungs- und Betriebskosten der Plattform. In die AG haben neben uns dreien einerseits weitere private Investoren investiert, andererseits unterstützt uns die Zürcher Kantonalbank mit einer Startup-Finanzierung.

Bitte veranschaulichen Sie für jemanden, der Ihre Webseite noch nicht kennt, die Funktionsweise und Struktur von politnetz.ch.

Vor zwei Wochen haben wir unser gesamtes Debatten- zu einem Themensystem umgebaut. Nehmen wir als Beispiel das Thema „Internet“. [Auf der Themenseite](#) finden sich Interessierte zu diesem Thema. Wenn dieses Thema ebenfalls bewegt, der klickt auf „Thema beobachten“ und verleiht diesem dadurch in der gesamten Themenstruktur mehr Gewicht. Im Thema werden engagierte Politiker und all jene angezeigt, die sich zu Wort melden möchten. Sie können dies entweder in einem Kommentar auf einen Beitrag tun oder selbst einen Beitrag schreiben. Auf der Startseite zeigen wir die stündlich aktualisierte Agenda der aktivsten Themen. Ein Klick auf die Partei-Logos zeigt, wie im Vergleich dazu die Themen-Agenden der ParteivertreterInnen aussehen. Anders als etwa in Deutschland stimmen die StimmbürgerInnen in der Schweiz alle drei Monate über Sachvorlagen ab. Wir zeigen im Vorfeld, welches die Argumente für und gegen eine Abstimmungsvorlage sind. Zum Beispiel zum „[Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative](#)“. Ein Klick auf das Partei-Logo der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) offenbart beispielsweise, entlang welcher Argumente der Meinungsgraben innerhalb der Partei verlief. Parteien sind – anders als es in der traditionellen Medien-Berichterstattung erscheint – im Innern oft erstaunlich vielstimmig.

Folgen Sie auf Ihrer Plattform einer bestimmten Netiquette und grundlegenden Regeln des konstruktiven Debattierens?

Wir haben von Anfang an zusammen mit unseren Nutzern die Diskussionsregeln der Plattform definiert: <http://www.politnetz.ch/diskussionskultur>. Auf die Einhaltung der Regeln achten nicht nur wir, sondern vor allem unsere Nutzer selbst.

Unter der Sektion „Radar“ verlinken Sie auf Facebook-Seiten zu verschiedenen politischen Themen. Darunter auch auf „[Alle kriminellen Ausländer müssen ausgeschafft werden!](#)“. Dort gibt es teilweise auch sehr grenzwertige Kommentare. Ziehen Sie eine Grenze oder berichten Sie über alle Kampagnen und Diskussionen?

In den „[Radar](#)“ nehmen wir Facebook-Seiten und -Gruppen auf, die einen Bezug zu einem politischen Anliegen – im angesprochenen Fall zur Abstimmung über die

sogenannte Ausschaffungsinitiative – haben. Des Weiteren nehmen wir Kandidierende, PolitikerInnen, Parteien und Interessengruppen auf. Unser Radar berechnet danach täglich den Zuwachs bzw. die Abnahme an Fans der Gruppen und Seiten. Es handelt sich nicht um eine Berichterstattung, sondern um ein Abbild, was auf Facebook politisch läuft. Sich dessen bewusst zu werden, ist unserer Meinung nach nötig, um das Entstehen und Vergehen politischer Öffentlichkeit im Netz zu verstehen.

Hat die Meinungsfreiheit Vorrang oder gibt es Diskussionen, mit denen Sie sich aus inhaltlichen Gründen oder aufgrund der Kommentare nicht beschäftigen?

Wir selbst führen keine Diskussionen, das tun unsere Nutzer. Was erlaubt ist und was nicht, regeln unsere Diskussionsregeln.

Wie ist das bisherige Feedback von Öffentlichkeit, Politik und Medien auf Ihre Plattform?

Wir erfahren von allen Seiten die Anerkennung, dass wir in der Schweiz an der Spitze eines kommunikativen Wandels zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen stehen und diesen Wandel aktiv, aber vor allem auch kritisch und mit der gebührenden ethischen Verantwortung prägen. Das ist wichtig, denn dieser Wandel ist Realität, ob es uns gibt oder nicht. Gäbe es uns nicht, dann wäre das Feld alleine Akteuren wie beispielsweise Facebook überlassen, deren gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein ein ganz anderes als unseres ist.

Gibt es Beispiele dafür, dass bei Ihnen eingebrachte Themen und Ideen auch über die Plattform hinaus Gehör finden? Ist das das erklärte Ziel?

Alles, was auf unserer Plattform genügend Aktivität entwickelt, wird automatisch auf die Online-Portale unserer Medienpartner gespielt – z. B. auf 20 Minuten Online. Wir wollen und geben diesen Inhalten aus der Community erklärtermaßen mehr Reichweite.

Weshalb unterscheiden Sie zwischen Politnetz Standard und kostenpflichtiger Politnetz Plus-Mitgliedschaft?

Die kostenpflichtige Plus-Mitgliedschaft ist eine unserer Einnahmequellen, die längerfristig den Betrieb mitfinanzieren muss. Wir wollen unabhängig von

Werbeeinnahmen und großen Spenden sein, darum bietet sich das Modell an, von Vielen kleine Beiträge einzunehmen. Die Plus-Mitgliedschaft bietet politisch engagierten Menschen ab 15 Franken pro Monat die Möglichkeit, UnterstützerInnen zu gewinnen und mit ihnen mittels Mail-Kampagnen direkt zu kommunizieren. Alle anderen Funktionen inklusive die Aufnahme einer Kandidatur in unser Online-Wahllistentool sind kostenlos.

Welche Maßnahmen planen Sie für die Nationalrats- und Ständeratswahlen im Herbst 2011?

Als nächstes lancieren wir - auch im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen - eine in dieser Art noch nie da gewesene Art von Online-Wahlkampf aus Bürgersicht.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 29.6.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

iParlament: Die Debattenplattform

Auf der Facebook-Seite von politik-digital.de wies ein Nutzer auf das iParlament hin. Er weckte meine Neugier und ich schaute mir die Plattform einmal näher an. Laut Werner Winkler, der die Idee zur Gründung von iParlament hatte, sollen damit das politische Bewusstsein, die politische Diskussion und bestenfalls die politische Betätigung gestärkt werden.

Das [Projekt iParlament](#) steckt noch in den Kinderschuhen. Das wird nach einem Blick auf die Plattform und einem Gespräch mit dem Gründer Werner Winkler deutlich. Dieser räumte mir gegenüber ein, dass das Projekt noch nicht an sehr prominenter Stelle im Netz erwähnt wurde und dass er keine Aussage darüber treffen könne, inwiefern Themen oder Ideen von anderer Seite bereits aufgegriffen wurden. Zumal mehrere Institutionen an ähnlichen Fragestellungen wie sie im iParlament thematisiert werden arbeiten: z. B. [Mehr Demokratie e.V.](#), der sich für die Veränderung des Wahlrechts einsetzt. „Wir sind auch zufrieden,

wenn wir nur ein kleines Mosaiksteinchen in einem großen Bild ausmachen“, bringt es Winkler auf den Punkt. Seit Anfang 2010 wird auf iParlament.de über unterschiedliche politische Themen debattiert. Die Umsetzung und Grafik werden von der Kommunikationsagentur Himbeerrot, vertreten durch ihren Geschäftsführer Holger Hägele, betreut. Er ist ein langjähriger Freund von Winkler und sei wie dieser sehr an einer Stärkung des politischen Engagements in der Gesellschaft interessiert.

Aber was ist das Besondere am iParlament? Der Berater und Autor Werner Winkler beschreibt es so: „Wir haben eine ‚demokratische Sortierfunktion‘ für Beiträge entwickelt. Die Leser können einzelne Themen und Anträge bewerten, diese Bewertungen auch wieder ändern - so wird auf einen Blick ersichtlich, wohin die Mehrheit tendiert. Vergleichbar ist unsere Sortiermethode mit drei Leitz-Ordnern (die den drei großen Bereichen Vorwahlen, Themen und Aktionen entsprechen), in die jeder iParlamentarier ein ‚Register‘ einhängen und dahinter beliebig viele Blätter (mit seinen Anträgen) einheften kann. Die anderen iParlamentarier geben nun ihre Bewertungen ab - sowohl für das Register als auch für die dahinter abgelegten Anträge oder Ideen. Je mehr Pluspunkte ein Register oder Blatt bekommt, desto weiter ‚oben‘ in der Liste erscheint es.“ Das Motto dahinter ist: Die Struktur ist entscheidender als die Inhalte. Faire Demokratie braucht eine faire Struktur, so dass jeder zu Wort kommen kann, aber nicht Einzelne alles blockieren, sondern die hoch bewerteten Beiträge auch an prominenter Stelle wahrgenommen werden.

Auch haben die Verantwortlichen der Plattform einen pädagogischen Anspruch. Ihr Traum ist es, dass so ein Parlament irgendwann zur Regel auf Orts-, Landes- oder sogar Bundesebene wird, Mitsprache also zur Regel wird und nicht mehr nur Ausnahme ist. Auch für Schulen wünsche man sich solche Foren und Räume der Mitwirkung. Dazu erzählt mir Winkler eine kleine Anekdote: „Wenn Sie wie ich einmal von einem demokratisch legitimierten Wasserwerfer getroffen wurden, nur weil Sie dagegen sind, dass ein uralter Park einem unsinnigen Bahnhof geopfert wird, fangen Sie an, noch einmal anders über Mitwirkungsmöglichkeiten nachzudenken. Oder wenn Sie erleben, wie in ‚demokratischen‘ Gremien die Abstimmungskultur verrotzt - hier gibt es viel zu tun und ein bisschen wollten wir dazu beitragen, ein Vorbild zu entwickeln, wie es anders gehen könnte.“ Ein viel diskutierter Beitrag auf iParlament ist beispielsweise das Thema „[Fundamentale Erneuerung der Demokratie](#)“.

Dort wurde kontrovers über eine vorgestellte Vision debattiert, die Gesellschaft auf neue Beine zu stellen: als sozialer Organismus, der soweit wie möglich auf direkte Demokratie setzt. Das Stöbern in den [verschiedenen Threads](#) der Plattform bestätigt aber die Feststellung von Winkler, dass die Aktivitäten der Nutzer stark schwanken. Schaut man beispielsweise in die [Sektion iP Foyer](#) zeigt sich, dass dort schon seit dem vergangenen Jahr - bis auf einen Beitrag - nichts mehr geschrieben wurde. Im [iP Plenum](#), also dem eigentlichen politischen Diskussionsforum, gibt es jedoch auch aktuelle Beiträge. Auf die Frage, ob grundsätzlich alle Arten von weltanschaulichen und politischen Ansichten (auch extreme und radikale) auf iParlament veröffentlicht werden dürfen, antwortet Winkler: „So lange sie den Regeln des iParlaments und den geltenden Gesetzen entsprechen, ja. Wir wollen das aushalten, schreiten aber als Moderatoren dort ein, wo eine ‚gefühlte Grenze‘ überschritten wird bzw. sprechen mit den Autoren, damit sie ihre Texte ändern.“ Schließlich wollte ich von Werner Winkler wissen, ob es konkrete Überlegungen zur Optimierung, Weiterentwicklung und zum Ausbau der Plattform gibt. Er erwiderte, dass sich das mit der Zahl der Mitwirkenden entscheiden werde. Er sei aber mit der aktuellen Plattform zufrieden, zumal sie einige Innovationen aufweise, die sonst bisher nirgends zu finden sind, wie das erwähnte Abstimmungsverfahren.

Außerdem können sich die Verantwortlichen von iParlament.de gut vorstellen, dass Parteien, aber auch Unternehmen oder Institutionen die Plattformidee übernehmen werden. Winkler fügt mit einem Schmunzeln hinzu: „*Ein Traum wäre, ein solches Parlament für die Katholische Kirche einrichten und begleiten zu dürfen.*“

Es wäre wünschenswert, wenn solche noch wenig bekannten Graswurzel-Initiativen nicht nur Nachahmer finden, sondern auch von politischen Organisationen und Institutionen aufgegriffen würden, um den Dialog mit den Bürgern zu suchen.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 16.6.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

Quo vadis Internet-Enquête?

Die Internet-Enquête des Deutschen Bundestages beschloss am Montag die [Einrichtung einer Arbeitsgruppe](#) zur Online-Beteiligung mittels Adhocracy. Heute Abend ging schließlich die [Projektseite](#) online. Wie geht es nun weiter?

Am letzten Montag (21.2.) traf die Internet-Enquête eine [Beschlussfassung](#) über den Einsatz des Adhocracy-Tools, das vom Liquid Democracy e.V. entwickelt wird. Die [rechtlichen Bedenken](#) des Vorsitzenden Axel E. Fischer zur Einrichtung des Beteiligungswerkzeugs außerhalb des Deutschen Bundestages durch das Enquête-Sekretariat als Teil der Bundestagsverwaltung [wurden heute](#) vom [Ältestenrat](#) ausgeräumt. Der Arbeit mit dem Tool steht also praktisch nichts mehr im Wege.

Daniel Reichert vom Liquid Democracy e.V. bewertet diese Entwicklung sehr positiv: „Insgesamt sehe ich es als einen Riesenfortschritt an, dass das Thema so diskutiert wird und nicht vom Tisch ist.“ Schließlich hätten die Sachverständigen aller fünf Fraktionen den Antrag eingebracht, auf dem der Kompromissvorschlag von padeluum basiert. Nahezu alle Beteiligten wollten das Projekt haben.

Die Beta-Version der Adhocracy-Plattform ging heute Abend unter <http://enquetebeteiligung.de> online. Der erste Eindruck: Die Seite kommt sehr aufgeräumt und übersichtlich daher. Laut Daniel Reichert wird die Plattform aber keine offizielle Bundestagsseite sein: „Die Plattform werden wir als Liquid Democracy e.V. zusammen mit der Enquête-Kommission betreiben.“ Dies ist ein Präzedenzfall: Denn ein externes Projekt wird Arbeitsaufträge an ein Bundestags-Sekretariat geben. Geplant ist, dass morgen die erste Projektgruppe offiziell online geht. Bemerkenswert ist, dass die Einrichtung der Plattform vom Liquid Democracy e.V. zusammen mit der OpenSource Community jetzt ganz schnell aus dem Boden gestampft wurde.

Zur Erinnerung: Die Bundestagsverwaltung hatte dafür 80.000 Euro veranschlagt. Daniel Reichert abschließend dazu: „Wir gehen jetzt als Experiment online. Das Ziel ist es, gemeinsam mit den Nutzern, der Community und der Enquête-Kommission zu lernen, wie wir die Plattform nach und nach verbessern können.“

Der Liquid Democracy e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, dass das Adhocracy-Tool in naher Zukunft offiziell vom Bundestag betrieben wird.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 24.2.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.